



pflicht, die Erörterung der programmatifchen Forderungen der republikanifchen Oppofition im Senat nicht zu verhindern. Die republikanifche Partei war gezwungen, diese Bedingung anzunehmen, und jetzt wird es für die beiden großen Parteien fehr ſchwierig, ja vielleicht unmöglich fein, die beftimmte Stellungnahme zu einigen heißen Fragen zu vermeiden.

Die Oppofitionellen wollen innerhalb der republikanifchen Partei für ihren eigenen Präfidentſchaftskandidaten kämpfen, und ſie wollen die großen Maſſen der Wähler für ſich und gegen die offizielle Leitung der Partei mobilifiren, indem ſie die Stellungnahme der Partei zu beftimmten Fragen erzwingen. Dies ſind vor allem folgende drei Fragen: Stabilifirung der Preiſe für die Agrarprodukte, Beilegung der Praxis der einſeitigen Verfügungen gegen die Arbeiterorganifationen und Bekämpfung der imperialiſtiſchen Politik gegenüber Mexiko und Nikaragua. Auf eine Formel gebracht, ſind es die Fragen, wo die Interellen gewiffer mächtiger kapitaliſtiſcher Kreiſe in Gegenſatz zu den Interellen oder Stimmungen der breiten Maſſen (der Farmer, der Arbeiter, des liberal geſtimten Mittelſtandes) treten. In dieſen Fragen noch vor den Wahlen Farbe ſehen zu müſſen, wäre für die republikanifche Partei fehr peinlich. Eine von dieſen Fragen iſt aber ſchon jetzt zum wichtigſten Streitpunkt geworden, nämlich die der Stabilifirung der Agrarpreiſe. Wegen der Zuſpizung dieſer Frage droht das alte politiſche Bündnis des Industriekapitals der nordöſtlichen Staaten mit den Farmern des Weſtens, das hiſtoriſch die Baſis der republikanifchen Partei bildete, auseinanderzufallen; das neue Bündnis der republikanifchen Landwirte des Weſtens mit den demokratiſchen, baumwollbauenden Landwirten des Südens ſcheint ſchon vor dem Abſchluß zu ſtehen.

Es wird viel davon geredet, daß Coolidge durch ſeinen Verzicht die Lage der republikanifchen Partei erſchwert habe. Aber man vergißt dabei, daß die Kandidatur von Coolidge zwar einige wichtige Vorzüge gehabt, aber inſofern auch eine ſchwere Befaftung bedeutet hätte, als Coolidge ſich bei den Farmern durch ſein Veto gegen das Geſetz über die Stabilifirung der Agrarpreiſe fehr unbeliebt gemacht hat. Das Präfidentſchaftsjahr begann jetzt damit, daß Coolidge ſeinen Verzicht auf die entſchiedenſte Weiſe beſtätigte. Die Leitung der republikanifchen Partei hätte es am liebſten geſehen, wenn die Farmer durch einige, und ſei es fehr koſtspielige Hilfsmaßnahmen für die nächſte Zeit zufriedengeſtellt worden wären und damit das Problem der Stabilifirung der Agrarpreiſe bis zur Zeit nach den Wahlen von der politiſchen Bühne verſchwunden wäre. Der Kampf um dieſe Forderung, als Parole für den Wahlkampf, iſt aber ſchon im Gange; mit dieſer Parole will einer der republikanifchen Prätendenten, ein ſonſt durchaus konſervativer Politiker, Lowden, die Rominiierung durch den nationalen Konvent erlangen.

Für die Verwirrung in den Reihen der republikanifchen Partei iſt bezeichnend, daß die Rettung aus der heißen Lage in der Kandidatur von Hoover geſucht wird. Hoover iſt gewiß einer der bekannteften und populärſten Leute in Amerika, er iſt aber nichts weniger als Vertreter der republikanifchen „alten Garde“. Man braucht aber jetzt einen zugkräftigen Namen, deſſen Träger dazu kein ausgeſprochener Exponent der Blutoſokratie iſt. Und Hoover, deſſen Gedanken über die neue Organifation der Wiſſenſchaft noch vor wenigen Jahren großen Anklang bei den Gewerſchaften fanden, erſcheint jetzt auf dem Plan an Stelle der anderen, zu ſtark und zu offen kapitaliſtiſch orientierten Kandidaten.

So ſchwierig wie die Lage der republikanifchen Partei iſt, es läßt ſich noch nicht vorausſehen, in welchem Ausmaß die andere große Partei, die demokratiſche, davon profitieren wird. Ihre innere Lage iſt auch alles andere als beneidenswert. Die Demokraten haben zwar einen in mancher Hinſicht ausgezeichneten Kandidaten: das iſt der Gouverneur des Staates New York Alfred oder „Al“ Smith. Seine Kandidatur hat aber viele Gegner in der demokratiſchen Partei ſelbſt. Es wird geſagt: weil er erſtens Katholik und zweitens „naß“, d. h. für die Lockerung des Alkoholverbotes, iſt. Das ſind aber eher Vorwände, als wirkliche Urfachen, eher Propagandamittel als Wurzeln der Feindſchaft gegen die Kandidatur von Smith. Die Haupturſache dieſer Feindſchaft iſt, daß Smith zu den fortkriſtlichen Demokraten gehört, daß er ein Programm hat, in welchem man in bürgerlichen Kreiſen gefährliche Spuren von ſozialen Radikalismus entdeckt: ſo tritt er, und nicht nur mit Worten, ſondern auch mit der Tat für ſolche „revolutionären“ Dinge ein, wie für den geſchlichen Schutz der Frauen- und Kinderarbeit oder für die Förderung der öffentlichen Bewirtſchaftung der gemeinnützigen Unternehmungen, vor allem für die ſtaatliche oder kommunale Verfügung über Waſſerkräfte. Es iſt noch nicht ſicher, ob Smith, obwohl er der einzige ausſichtsreiche demokratiſche Kandidat wäre, als ſolcher nominiert und ob er, falls nominiert, nicht von vielen Demokraten bei den Wahlen verraten werden wird.

So ſieht die Ausgangſituation für das „Rennen“ aus, wie die Amerikaner den Kampf um die Präfidentſchaft zu bezeichnen pflegen. Vorläufig dürfen wir daraus folgende, für uns nicht belangloſe Schlüſſe ziehen: in dieſem Jahre ſind alle großen Entſcheidungen, alle erſthandlungen Wendungen in der amerikaniſchen Politik völlig ausgeſchloſſen. Die taktiſche Vorbereitung des Wahlkampfes ſteht bereits im Vordergrund des politiſchen Lebens und wird den hauptſächlichen Inhalt der Poſt des Präfidentſchaftsjahres bilden. Alle Vorſchläge, Vorlagen, programmatifchen Erklärungen uſw. ſind deshalb vor allem von dieſem Standpunkt aus, d. h. als taktiſches Manövrieren, zu betrachten und mit großer Vorſicht zu beurteilen. Um ſo wichtiger wird es aber ſein, die poliſtiſchen Bewegungen dieſes Jahres in Amerika mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen, um das, was von bleibender Bedeutung ſein kann, rechtzeitig zu erkennen.

## Wendung im Fall Kolomaf.

Bremen, 3. Januar. (Bf.)

Da die letzten Wahlen einen Einſtrich ergeben haben, ſoll dem Senat der Antrag vorgelegt werden, Frau Kolomaf zu amneſtieren. Inzwiſchen iſt es den Polizeibehörden gelungen, den in Deutſchland lebenden Vater des Hauptzeugen Fürſtlichen zu ermitteln und durch dieſen die Adreſſe ſeines Sohnes in New York zu erfahren. Das Bremer Sondergericht hat das Auswärtige Amt inſolgedeſſen gebeten, Fürſtlichen durch die zutändigen Juſtizbehörden in New York vernehmen zu laſſen, da von ſeiner Ausſage das Schickſal der Angeſchuldigten abhängt.

# Kataſtrophe der Scharfmacherei.

Die Rationaliſierung am Verfaſſen.

Seit die rheiniſch-weiſtfälſchen Scharfmacher die Herrſchaft in der deutſchen Induſtrie an ſich geriffen haben, ſind wir in eine Periode ſtändiger Arbeitskonflikte getreten. Zahlen mögen für ſich ſprechen: In den drei erſten Vierteljahre des Jahres 1927 waren in der deutſchen Wiſſenſchaft nicht weniger als 520 Streiks und Ausperrungen zu verzeichnen gegenüber nur 280 in derſelben Zeit des Vorjahres. An den Streiks bzw. Ausperrungen waren in der angegebenen Zeit nicht weniger als 290 000 Perſonen beteiligt. Im Jahre 1926 waren es nur wenig mehr als 44 000. Im 3. Vierteljahr 1927 waren allein 61 454 Beſchäftigte ausgeſperrt oder zum Streifen gezwungen. Der Vierteljahresdurchschnitt während der Zeit von 1899 bis 1913, wo wir keine Arbeitsſchiedsgerichtsbarkeit und keine Verbindlichkeitsklärung hatten und der Arbeitskampf in ſchärferen Formen geführt wurde als heute, betrug nur 58 656.

Soweit die an Streiks und Ausperrungen beteiligten Perſonen in Frage kommen, haben also gegen Ende des Jahres 1927 die

Arbeitskämpfe einen größeren Umfang als vor dem Kriege.

Man ſchätzt gewöhnlich die Zahl der Arbeitstage, die in der Zeit von 1899 bis 1913 durch Streiks und Ausperrungen verloren gingen, im Vierteljahresdurchschnitt auf 2 001 700. Sie machten im erſten Vierteljahr 1927 1 041 132 (im Vorjahr 587 838), im zweiten Vierteljahr 1 085 674 (290 754) und im dritten Vierteljahr 1927 1 179 148 (226 848) aus. Wenn man die Zahl der so verloren gegangenen Arbeitstagen in Geld umrechnet, ergibt ſich, daß wir Millionen und über Millionen Mark nutzlos verpulvert haben, weil die Unternehmer das Machtgefühl ſiegele, ganze Berufe ohne Grund auf das Pflaſter zu werfen oder zum Streik zu zwingen.

Die Schäden auf anderen Gebieten, die ſich fürs erſte nicht zahlenmäßig feſtſtellen laſſen, ſind viel größer. Die Atmosphäre in den Werkstätten und Fabriken iſt mehr als je mit Konfliktſtoffen geſchwängert. Ausperrungen, wie ſie in der Zigarreninduſtrie durchgeführt wurden, und die Drohungen der Eifeninduſtriellen, Hunderttauſende von Arbeitern ausgeſperrt zur Weichnachtszeit der Arbeitslofigkeit und dem Hunger zu überantworten, können nicht ohne Einfluß auf das Innenleben und die Arbeitsintenzität, die beide aufs engſte zuſammenhängen, bleiben. Die

Folge der ſich häufenden Arbeitskonflikte

im letzten Jahr iſt inſolgedeſſen die Taſſache, daß wir die Rationaliſierung, die ſich bis jetzt auf Mechanifirung, Erneuerung des Maſchinenparks uſw. beſchränkt und die der Ergänzung nach der menſchlich-phyſiologiſchen Seite bedarf, nicht vollenden können.

Die ſtändigen Differenzen um Lohn und Arbeitszeit haben ungünstig auf den ganzen Arbeitsrythmus zurückgewirkt, wodurch die Gefahr beſteht, daß ſich der mit großem Anlauf begonnene Rationaliſierungsprozeß in Deutſchland nur in einer

vermehrten und bis zum Zusammenbrechen geſteigerten Anstreibererlei erſchöpft. Der Arbeiter, der vor Jahren von dem Impuls, mit dem Deutſchland die wiſſenſchaftliche Umſtellung begann, mit fortgeriffen wurde, empfindet ſie heute durchweg als eine mechanifch erzwungene und bis zur völligen Erſchöpfung der Arbeitsenergie gehende beſchleunigte Ausnutzung ſeiner Arbeitskraft, weil der durch die Rationaliſierung verſchnellerte Arbeitſtaff, das ſchnellere Arbeitstempo bei dem deutſchen Arbeiter phyſiologiſch nicht untermauert iſt, weil die Vorausſetzungen dafür fehlen. Sie zu ſchaffen hat das deutſche Unternehmertum vernachläſſigt, indem es fortwährend Arbeitskampf und Arbeitskonflikte provozierte.

Damit hat aber auch Deutſchland einen hiſtoriſchen Augenblick in dem Aufbau ſeiner Wiſſenſchaft verſäumt. Wir haben, indem wir mit der Rationaliſierung gut zwei Jahre früher begannen als die übrigen europäiſchen Induſtriſtänder, ihnen gegenüber einen großen Vorſprung errungen. Der Vorſprung beſteht aber lediglich in der techniſchen Verbeſſerung, die einzuholen iſt und von den anderen Völkern ſicherlich in einigen Jahren eingeholt ſein wird. Während der Vorſprung, den wir hiſtoriſch der Rationaliſierung vor anderen Wiſſenſchaften haben, ſich von Tag zu Tag verringert, verſchließt

die Nachpoſt des Unternehmertums

den Weg, die Energievorräte des deutſchen Arbeiters, über die er auf Grund ſeiner ganzen, beſonders ſeiner politiſchen und gewerſchaftlichen Erziehung und auf Grund ſeiner ganzen geiſtigen Einſtellung mehr als der Arbeiter irgendeines anderen Landes verfügt, zu einem für die nächſte Generation nicht einzuholenden Vorſprung der deutſchen Wiſſenſchaft auszumachen.

Einſichtige Führer auch in der Privatinduſtrie haben ſchon ſeit langem erkannt, daß unſere Rationaliſierung am Verfaſſen iſt und der Aufbau unſerer Wiſſenſchaft augenblicklich auf totem Gleis ſteht.

So erklärt es ſich, daß nach der Beilegung des Konfliktes in der Eifeninduſtrie im Unternehmerrager der Ruf nach Verſöhnung mit der Arbeitſchaft ertönt. Das deutſche Unternehmertum empfindet anſcheinend die Opfer, die die Arbeitskonflikte des verfloſſenen Jahres gebracht haben, zu ſchwer, um zu riſkieren, die aufgehäuften Konfliktſtoffe auch noch zur Entladung kommen zu laſſen.

Die deutſchen Gewerſchaften haben für eine ſolche Verſöhnung Forderungen aufgeſtellt, die bekannt ſind. Die Arbeitſchaft braucht Ausbau der Wiſſenſchaftsdemokratie und wirklichen Einfluß auf die Wiſſenſchaftsführung, damit die Erfolge der Rationaliſierung der Geſamtheit und nicht einigen Kapitaliſten zugute kommen. Solange aber der Scharfmacherei die deutſche Induſtrie beherrſcht, kann es keine Verſöhnung in der deutſchen Wiſſenſchaft geben.

## Gefährdung des Bildungswefens —

durch das Keudellgeſetz.

Nachdem eine nach Tauſenden zählende Gruppe von deutſchen Hochſchullehrern ihren Einſpruch gegen das bildungsfeindliche Reichſchulgesez des waderen Miniſters Keudell öffentlich bekundet hat, erfolgt jetzt auch aus den Kreiſen der Lehrerschaft an höheren Schulen ein Aufruf gegen das reaktionäre Geſez. In dem Aufruf heißt es:

„Die unterzeichneten Lehrer an höheren Schulen erklären, daß ſie in dem neuen Reichſchulgesez eine ſchwere Gefährdung des deutſchen Bildungswefens erblicken. Der Entwurf, der mit Sinn und Wortlaut der Reichsverfaſſung in Widerspruch ſteht, ſtellt unter dem Anſchein einer freiheitlichen und religionsfreundlichen Auffaſſung eine unerträglich Berengung des geiſtigen Lebens dar und unterwirft die Volkſchule und ihre Lehrer der Auſicht der Kirchen.“

Wir erblicken die Aufgabe der Schule darin, die kulturellen Gegenſätze unſeres Volkslebens nach Möglichkeit zu überbrücken, während der Entwurf umgekehrt dieſe Gegenſätze verſchärft. Wir lehnen den Entwurf aus pädagogiſchen, nationalen und religiöſen Gründen ab und fordern auch für die Volkſchule die Freiheit, welche die höhere Schule ſeit langem genießt.“

Bei den zahlreichen Unterzeichnern des Aufrufs finden wir an bekannten Namen u. a.: Oberſtudiendirektor Dr. Paul Hilbrandt, Oberſchulrat Dr. Hübner, Vizepräſident des Provinzialſchulkollegiums Dr. Hüttebräuker, Oberſtudiendirektor Dr. Karſen, Oberſchulrat Dr. Rudolf Keller, Wilhelmine Wende, Oberſtudierrätin am WSK, Oberſchulrat Dr. Müller, Studienrätin Margarete Raumann, Profeſſor Paul Deſtreich, Oberſtudierrätin Dr. U. Duchſ (Karlsborf), Studienrat Dr. Ulbricht (Fürſtenwalde), Frau Hildegard Wegſcheider, Oberſchulrätin, Studienrat Dr. Erich Witte. Weitere Zuſtimmungserklärungen nimmt Oberſtudiendirektor Dr. Franz, Kiel, Feldſtraße 116, entgegen.

## Menschenrechte und Bolſchewismus.

Die deutſche Liga für Menschenrechte und die Preſſefreiheit.

Wir erhalten von der „Deutſchen Liga für Menschenrechte“ folgende Zuſchrift:

In Ihrer Abendausgabe vom 30. Dezember bringen Sie in laſgaler Weiſe unſere Antwort auf Ihren Artikel „Menschenrechte und Preſſefreiheit“ und knüpfen daran die Frage, deren Beantwortung Sie in unſerem Brief vermiſſen, wie die Liga für Menschenrechte zur Preſſefreiheit ſieht.

Die „Deutſche Liga für Menschenrechte“ erklärt, daß ſie für unbeſchränkte Freiheit der Meinungsäußerung in Schrift, Wort und Bild in allen Ländern eintritt, jede Art von Zenzur bekämpft und die Eingriffe der öffentlichen Gewalt auſſchließlich auf die Fälle der Verleumdung, Beleidigung und Verberung von Lügen durch gerichtliche Verfolgung beſchränkt ſehen will.

Die Diſkuſſion über die Stellung der Liga zur Preſſefreiheit iſt, wie erinnerlich, dadurch entſtanden, daß in einer Verammlung der Liga die Zuſtände in Rußland, inbeſondere auch in bezug auf die dortigen Preſſeverhältniſſe, in reſſamhafter Weiſe verherzt wurden. Da in Ruß-

land ein Recht der freien Meinungsäußerung nicht beſteht, war es und bleibt es ein Räſel, wie eine Geſellſchaft, die ihrem Namen nach für die Menschenrechte eintritt, ſich zu einer ſolchen Reſſamveranstaltung für die ruſſiſchen Zuſtände hergeben konnte. Man erklärt die Liga, daß ſie an ihrer grundsätzlichen Stellung im Sinne ihres Namens feſthalte. Wir nehmen das zur Kenntnis und betrachten damit die Diſkuſſion als geſchloſſen.

## Das Wehrministerium als Arbeitgeber.

Für die Arbeiter ſehlen die Mittel.

Eine der koſtspieligſten Einrichtungen der deutſchen Republik iſt das Reichswehrministerium. Die Forderungen, die dieſes Miniſterium an den Staatshaushalt ſtellt, vermehren ſich von Jahr zu Jahr. Bei den Rieſenſummen, die das Reichswehrministerium aus dem Staatshaushalt erhält, ſollte man eigentlich erwarten können, daß die im Reichsbereich Geheſers tätigen Arbeiter nicht nur anſtändig bezahlt, ſondern auch halbwegs dauernd beſchäftigt werden. Beides iſt jedoch nicht der Fall.

Ueber die Bühne, für die ja das Reichswehrministerium nicht allein, ſondern vorwiegend das Reichsfinanzministerium verantwortlich iſt, ſoll hier nicht weiter geſprochen werden. Dagegen fordert die Art und Weiſe, wie in den einzelnen Dienſtellen des Reichswehrministeriums die Arbeiter fortgeſetzt und ohne Rückſicht auf etwaige andere Beſchäftigungsmöglichkeiten auf die Straſe geſetzt werden, zur ſchärſten Kritik heraus. Alle Bemühungen der Organifationen, hier Wandel zu ſchaffen, ſind erfolglos geblieben. Auch eine Ausſprache der Organifationen mit dem Reichswehrministerium ſelbſt hat zu keiner Beſſerung geführt. Zurzeit gehen von den einzelnen Dienſtellen, beſonders von den Truppenübungsplätzen wieder täglich Mitteilungen ein, daß Arbeitern kündigt oder eine baldige Entlaſſung in Auſſicht geſtellt wird und zwar immer mit dem Hinweis, daß für eine weitere Beſchäftigung keine Mittel zur Verfügung ſtehen. Bei den Kündigungen wird vielfach mit Schitanen oder aliprechiſchen Unteroffiziergeiſtes verfahren. So iſt es jüngſt in einer Dienſtelle vorgekommen, daß Arbeitern kündigt wurde, die man dann ſpäter wieder einſtellt, aber nicht mehr in ihre alte Lohngruppe eingereiht, ſondern tiefer eingeuſt hat, obwohl die Lohnunterſchiede nur einen Pfennig pro Stunde betragen. Kündigt man ſich bei der Verwaltung nach der Urſache derartiger Maßnahmen, dann wird in der Regel erklärt, der Sparkommiſſar habe das verlangt! Eine wunderbare Einrichtung — dieſer Sparkommiſſar, deſſen Hauptaufgabe anſcheinend darin beſteht, den Arbeitern von ihrem längſtlichen Lohn noch ein paar Pfennige abzuziehen, oder — wie es in einem anderen Fall vorgekommen iſt — ſogar nachzufragen, ob nicht die Ausgaben für das Hundefutter, das an die einzelnen Wähler gezahlt wurde, zu hoch ſind. Wenn man weiß, wie „ſparſam“ ſonſt bei dem Reichswehrministerium gewirtſchaftet wird, dann kann man die Art Arbeiterbehandlung nur mit einem Gefühl der Empörung betrachten.

August Winnig und Niekſch bei Oberland. Die Zeitung „Der Jungdeutſche“ meldet: Der Bund Oberland gab bisher neben ſeiner Bundeszeitſchrift „Das dritte Reich“ noch eine Führerzeitſchrift, genannt „Der Führer“, heraus. Dieſe Führerzeitſchrift hat nun am 1. Januar 1928 ihr Erſcheinen eingeleſt. An Stelle des „Führers“ ſoll in Zukunft die von Ernst Niekſch und August Winnig herausgegebene Zeitſchrift „Widerſtand“ treten, zu deren ſtändigen Mitarbeitern künftig die Oberlandführer Dr. Weber, Sondermann und Dreger zählen werden.

## Bier Jahre Emminger-Justiz. Die abgeschafften Laienrichter.

Am 4. Januar 1924 hat der bayerische Staatsanwalt Emminger als Reichsjustizminister Deutschland mit seiner Rotgerichtsverfassung beglückt. Zwar erhielten die Berufsstammern Schöffen, in Wirklichkeit aber bedeutete diese „Reform“ eine ungeheure Erweiterung der Befugnisse des Einzelrichters und eine entsprechende Einschränkung des Laienrichtertums.

In welchem Ausmaße diese Einschränkung stattgefunden hat, zeigen mit schlagender Deutlichkeit einige Vergleichszahlen. Während in Preußen im Jahre 1922 von Schöffengerichten 348 424 und von Schwurgerichten 3610 Fälle abgeurteilt wurden, waren im Jahre 1926 die entsprechenden Zahlen auf 60 560 und 1934 zurückgegangen. Und während ohne Laienrichter im Jahre 1922 in der ersten Instanz 10 377 Fälle, von der ersten Strafkammer 28 036, von der zweiten Strafkammer 40 919 und vom Oberlandesgericht 8461 Fälle abgeurteilt wurden, kamen im Jahre 1926 vor dem Amtsrichter, also vor den Berufsrichtern ohne Schöffen 301 880 Fälle und vor dem Oberlandesgericht 6927 Fälle. Mit anderen Worten: während im Jahre 1922 84 610 Fälle ohne Schöffen abgeurteilt wurden, waren dies im Jahre 1926 308 816 Fälle!

Das gleiche Bild zeigt auch Hamburg. Vom Amtsrichter wurden hier im Jahre 1923 982 Fälle abgeurteilt, im Jahre 1924 5572 und 1926 13 912 Fälle. Vors Schöffengericht dagegen kamen insgesamt 1923 12 745 Fälle, im Jahre 1924 7196; und im Jahre 1926 noch 1641 Fälle. Mit anderen Worten: während im Jahre 1920/21 20,5 Proz. Fälle vor den Einzelrichtern kamen, waren es im Jahre 1926 89,1 Proz. Und während vor das Schöffengericht 1920/21 79,5 Proz. aufkamen, waren dies 1925/26 nur 10,9 Proz. der Fälle!

So hat es der bayerische Reichsjustizminister fertiggebracht, die Rechtsprechung dem Laienrichter aus der Hand zu nehmen und sie dem Berufsrichter zu überantworten. Und das zu einer Zeit, wo allgemein anerkannt ist, daß das Vertrauen zur Justiz, also zum Berufsrichter als deren Träger, erschüttert ist. Anstatt die Kompetenz des Laienrichters zu erweitern, ist sie in ungehörter Weise eingeschränkt worden.

Am Anfang des fünften Jahres der Wirkung der Emminger'schen Justizreform darf wohl die Frage aufgeworfen werden: Wann endlich wird der Volksrichter wieder zu seinem Rechte kommen? Wann endlich werden die Schwurgerichte wieder hergestellt werden? Es ist interessant festzustellen, daß gerade in dem Augenblick, wo Deutschland als einziger Kulturstaat die Schwurgerichte abgeschafft hatte, Japan sie einführt. So kann man wohl sagen: Emminger-Justiz in der Welt voran!

## Rechtssprechung und Politik.

### Behandlung der Strafsachen von besonderer Bedeutung.

Aus einer allgemeinen Verfügung des preussischen Justizministers teilt der Amtsliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Ergibt sich Grund zu der Annahme, daß eine Strafsache wegen der Person oder der Stellung der Beteiligten oder wegen der Art oder des Umfangs der Anschuldigungen das Interesse weiterer Kreise erregt oder politische Bedeutung gewinnt, insbesondere parlamentarische Erörterungen hervorrufen wird, so ist dem Justizminister ohne Rücksicht auf den Stand des Verfahrens alsbald Mitteilung zu machen. Es muß in solchen Strafsachen nach Möglichkeit vermieden werden, daß hinsichtlich wichtiger Maßnahmen das Justizministerium vor vollendete Tatsachen gestellt wird; die Staatsanwaltschaft hat daher, soweit es mit dem Interesse der Strafverfolgung vereinbar ist, vor eingreifenden Entschlüssen über die beabsichtigten Schritte zu berichten.

In Strafverfahren gegen Reichs- oder Landtagsabgeordnete ist dem Justizminister sofort, nötfalls telegraphisch, zu berichten, wenn während der Sitzungsperiode des Reichs- oder Landtags der Abgeordnete von der Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommen, wenn Haftbefehl gegen ihn erlassen oder wenn die Verhaftung gegen ihn vollzogen wird. In gleicher Weise ist zu berichten, wenn in einer Strafsache die Verhaftung eines Abgeordneten angeordnet oder vollzogen wird.

## Ist das nicht ein Mondgesicht?

Oder: Ludendorffs an der Drehscheibe.

Eine neue Entdeckung ist Frau Kathilde Ludendorff, der zweiten Gattin des Generals Ludendorff geblüht. Wie sie in der „Deutschen Rundschau“ mitteilt, hat sie nämlich festgestellt, daß Juden, Jesuiten und Freimaurer Mondnaturen seien, das heißt, sie zeigten immer nur eine Seite, kehrten aber die andere ganz verschiedenartige Seite, die ihr eigentliches Wesen betrafte, von der Dessenrichtigkeit ab. Damit erklärte sich die geschichtliche Tatsache, daß „alle Kämpfe gegen diese Mondnaturen, die ohne genügende Kenntnis der Rehrseite geführt wurden, vergebliches Anbelten des Mondes bedeuteten mußten. Jetzt aber seien die Mondnaturen durch die geschichtlichen Bemühungen, vor allem des Ehepaars, mitten auf eine „Drehscheibe“ gesetzt worden, so daß allmählich auch ihre Rehrseite sichtbar werde. Der Artikel schließt mit folgender fettgedruckter Aufforderung: „Darum kommt alle an die Kurbel der Drehscheibe, deren Namen Aufklärungsarbeit heißt. Dreht unermüdet, dreht nicht zu hastig und heftig, damit es dem deutschen Volke nicht vor den Augen slumert, dreht langsam und stetig, damit das Volk die Rehrseite klar erkennt, so klar wie das ganze Mondgesicht. Diese Rehrseite muß jeder vor dem Kampfe kennen, denn durch sie wird für alle Zukunft Jude, Jesuit und Freimaurer eine historische Unmöglichkeit. Denn Mondnaturen können nur solange lässchen und herrschen, als es nicht gelingt, sie auf die Drehscheibe zu setzen.“

Es dreht sich etwas bei Ludendorffs, sie wissen nur nicht recht, wozu!

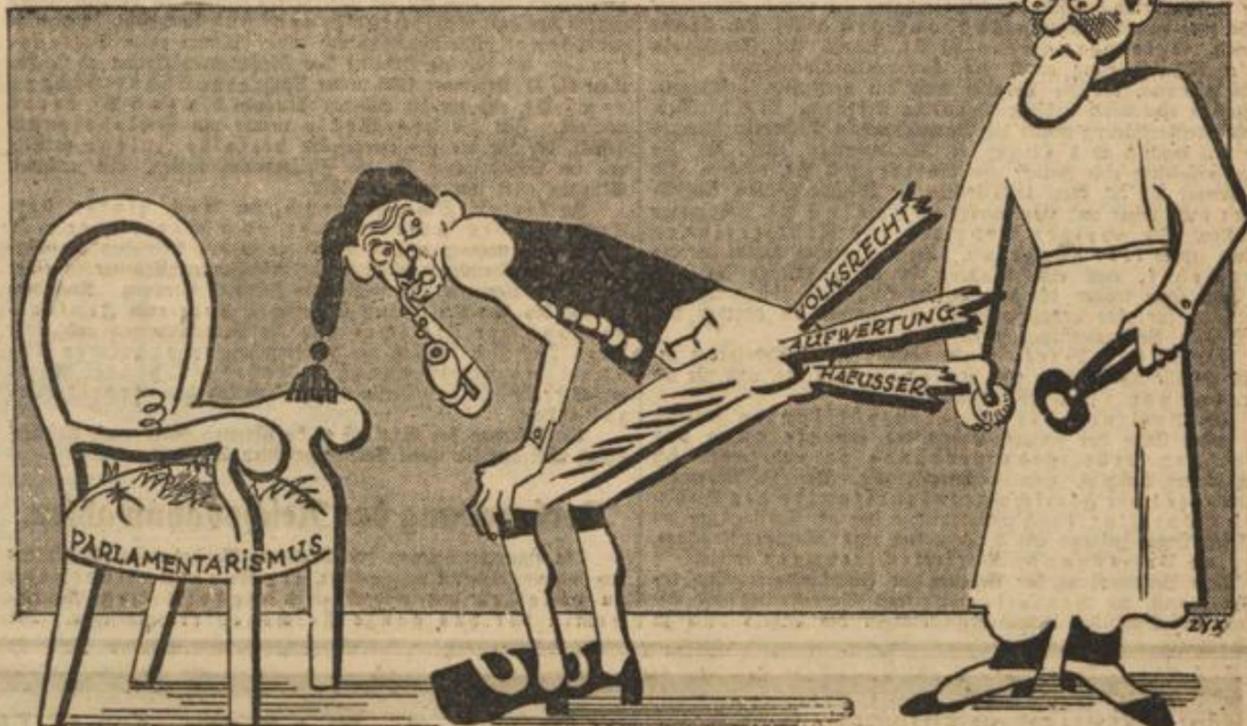
**3 318 000 000 Franken gezahlt.**

Deutschlands Leistung an Frankreich.

Paris, 3. Januar. (Eigenbericht.)

Das Schahamt teilt mit, daß die Barzahlungen Deutschlands an Frankreich nach dem Dawes-Plan im Jahre 1927 3 318 Millionen Franken betragen haben, wovon 860 Millionen Franken für die Deckung der Bezahlungskosten verwendet, 1250 Millionen Franken als Entschädigungen in den zerstörten Gebieten ausgezahlt wurden. Der Rest von 1 208 Millionen wurde zur Tilgung der Gesamtschuld Frankreichs verwendet.

## Die Splitterparteien.



„Rein Wunder, daß Sie auf dem Stuhl schlecht sitzen, wenn Sie sich Splitter einreißen!“

## Krestinski gegen KPD-Schwindel.

Die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen.

Hamburg, 3. Januar.

Ein Mitarbeiter des „Hamburger Nach-Abendblattes“ hatte eine Unterredung mit dem zurzeit in Hamburg weilenden Botschafter Krestinski, in der dieser u. a. ausführte: Die freundschaftlichen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland befinden sich in einem Stadium erfolgreicher Entwicklung. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Räterepubliken

vertiefen sich von Tag zu Tag.

von Romal zu Romal. Besonders die deutsche Maschinenbau- und elektrische Industrie ist eng mit der Volkswirtschaft der Sowjetunion verbunden. Ich kann ohne Bedenken sagen, daß die deutsche Industrie beim Wiederaufbau der russischen Industrie die wichtigste Rolle spielt, sowohl in bezug auf Bau und Einrichtung neuer Betriebe als auch hinsichtlich der Organisierung einer Reihe von wichtigsten Großunternehmen in der Sowjetunion. Die deutsche Technik nimmt aktiven Anteil an solchen grandiosen Bauten, wie beispielsweise den hydroelektrischen Zentren am Dnjepr und Swiz, oder dem Wolga-Don-Kanal und mehreren anderen. Ferner nimmt die Sowjetunion zurzeit den ersten Platz als Abnehmer deutscher elektrotechnischer Artikel ein.

Auch die kulturellen Beziehungen

zwischen den Völkern Deutschlands und der Sowjetunion haben sich in den letzten Jahren ständig vertieft, wie der Besuch umfangreicher Delegationen von Sowjetgelehrten bei der letzten Naturforschertagung in Berlin und die Teilnahme einer Reihe bekannter deutscher Intellektueller an der Zehnjahrestagung der Sowjetunion in Moskau beweisen. Hierzu gehört auch die wissenschaftliche Arbeit des deutschen Professors Oskar Vogt am Institut für Gehirnforschung in Moskau. Zum Schluß versicherte der Botschafter, er

sei hierher gekommen, um am Wiederaufbau und an der Wiedererstarung der beiden Länder mitzuwirken. Die Sowjetunion lasse sich auf keinerlei Provokationen ein, wolle keinen Krieg, sondern sei allen Ernstes gewillt, allen Völkern gegenüber eine Friedenspolitik zu betreiben.

Es freut uns, aus dem Munde des Berliner Botschafters der Sowjet-Union die Bestätigung zu hören, wie sehr sich die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland entwickelt und vertieft haben. Wenn es jemanden gibt, der darüber Bescheid wissen muß, so ist es Botschafter Krestinski.

Wie reimen sich aber mit dieser optimistischen Schilderung die finsternen Andeutungen der kommunistischen Presse zusammen, die alle drei Tage versichert, die deutsche Politik sei drauf und dran, sich dem britischen Imperialismus zu verschreiben? Deutschland, so kann man fortwährend in der „Roten Fahne“ lesen, sei jederzeit bereit, sich in eine imperialistische Front gegen Sowjet-Rußland einreihen zu lassen und die deutschen Arbeiter müßten sich bereit halten, die Sowjet-Union gegen den drohenden Krieg, der das Ziel dieses Schachers bilde, zu schützen.

Einerseits steckt die deutsche Wirtschaft mit Zustimmung und Unterstützung des Reiches Hunderte von Millionen in die russische Wirtschaft, Rußland ist der beste Abnehmer einer der wichtigsten deutschen Industrien — gleichzeitig soll aber dasselbe Deutschland auf einen Krieg hinsteuern, der zunächst die Vernichtung dieser ungeheuren Güter und dieser wertvollen Beziehungen zur Folge hätte?

Der unsinnige Widerspruch zwischen diesen beiden Besarten liegt auf der Hand, ist aber auch leicht zu erklären: die Darstellung Krestinskis entspricht der Wahrheit und die Behauptungen der kommunistischen Presse sind ein grober agitatorischer Schwindel.

## Siedlung und Agrarpolitik.

Die Kleinbetriebliche Siedlung ist dem Großbetrieb überlegen

Immer hat man die innere Kolonisation aus national-bevölkerungs- und sozialpolitischen Gründen gefordert, und auch in den Kreisen, die ihr zögernd oder sogar ablehnend gegenüberstehen, als notwendig anerkannt. Ernsthaft und mit einigem Ansehen von Recht anzweifeln konnte man ihre Notwendigkeit bis vor kurzem nur von der ernährungsrechtlichen Seite her. Auf diesen Einwand haben sich die Gegner einer großzügigen, tatkräftigen Siedlung denn auch mit aller Macht geworfen, und man muß zugeben, daß dadurch ihre Befürworter oft in eine nicht geringe Verlegenheit gerieten. Denn der Appell an den gesunden Menschenverstand, dem zufolge doch ganz selbstverständlich daselbe Stück Land von vielen Besitzern bedeutend intensiver mühe ausgeübt werden können als von einem einzigen, dieser Appell reicht nicht aus. Höchstens für die tierische Erzeugung wurde die Ueberlegenheit des Klein- und Mittelbetriebes zugestanden; für die pflanzliche ging der alte Streit weiter. Es bedurfte daher gründlicher wissenschaftlicher Untersuchungen, um aus dem Gebiete bloßer Vermutungen und ungewisser Behauptungen herauszukommen. Eine solche liegt von Dr. Otto Karuh „Betriebsgröße und Erzeugung in der Landwirtschaft“ vor. (Ein Beitrag zur Frage der ernährungspolitischen Wirkungen innerer Kolonisation. Sonderabdruck aus den Berichten über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und internationale Landwirtschaft. Neue Folge, Band VI, Heft 3, Berlin 1927.)

Mit Hilfe der statistischen Methode wird ein Vergleich gezogen zwischen einem Großbetriebsgebiet, dem Regierungsbezirk Stralsund, und einem Mittel- und Kleinbetriebsgebiet der südschwedischen Provinz Wästmöhustän. Diese Unternehmungsgebiete besitzen annähernd dieselben geologischen und wirtschaftsgeographischen Voraussetzungen, von der Ufertrasse über das Klima zum vertechnischen Aufschluß, und unterscheiden sich im wesentlichen nur in der Grundbesitz- und Betriebs- und demzufolge auch in der Bevölkerungsverteilung, und zwar so, daß man ohne Zweifel den Regierungsbezirk Stralsund als Groß-

betriebs-, Wästmöhustän als Mittel- und Kleinbetriebsgebiet bezeichnen kann. — Um alle Zufälligkeiten auszuschalten, werden die Durchschnittserträge einer längeren Jahresreihe, der Zeit von 1910 bis 1922, zugrunde gelegt.

Das Ergebnis ist folgendes: die Provinz Wästmöhustän besitzt in der pflanzlichen und in der tierischen Rohherzeugung je Hektar gegenüber dem Regierungsbezirk Stralsund ein erhebliches Plus; nämlich von 23 bzw. 69 Proz. Die Ubsaherzeugung, auf die es hier ankommt, ergibt in tierischer Beziehung auf den Hektar bezogen, in beiden Gebieten mindestens Gleichheit, in pflanzlicher Beziehung ein Mehr von 16 Proz. für Wästmöhustän! Eine im Nachtrag beigefügte neue Untersuchung auf der Grundlage des „Normaljahres“ aus dem Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1923 läßt die Ergebnisse für Wästmöhustän noch günstiger ausfallen!

Den Hauptgrund für diesen Hochstand der landwirtschaftlichen Erzeugung in Wästmöhustän sieht der Verfasser in der allgemein in sachlich gelagerten Ausbildung der Betriebsleiter, die nicht zuletzt der nordischen Bauernhochschule zu danken ist.

Ginge; so schließt der Verfasser, eine solche Ausbildung mit der Siedlung Hand in Hand, so stärke auch deren produktionspolitische Ueberlegenheit außer jedem Zweifel. 2. 2.

## Bomben auf Rifragua.

Von Unioneflugzeugen abgeworfen.

Flugzeuge der nordamerikanischen Marine beworfen die unter dem Befehl des Generals Sandino stehenden Streitkräfte der Aufständischen. Die Besatzer der Nordamerikaner belüsten sich auf fünf Mann. Das Bombardement soll bei den Aufständischen zahlreiche Opfer verursacht haben.

So sieht die Monroe Doktrin praktisch aus: Europa darf sich in amerikanischen Dinge nicht einmischen — hat auch nicht den geringsten Wunsch danach! — aber die Union darf das Volk eines kleinen amerikanischen Staates unter das Joch eines Diktators beugen, wenn der nur den Kapitalisten der Union pariert!

## Streit in den Berliner Wurstfabriken. Beginn heute früh.

Im September vorigen Jahres wurde eine Lohnbewegung in den Berliner Fleischwarenfabriken mit einem für verbindlich erklärten Schiedsspruch beendet, der mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1927 eine generelle Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde vorsah. Gefordert waren 30 Pf. Zulage. Die Beendigung dieser Lohnbewegung durch die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruchs, der die Arbeiter nicht im geringsten befriedigte, hinterließ eine starke Erbitterung bei den Arbeitern. Trotz der Verbindlichkeitsklärung traten die Unternehmer in Nachverhandlungen ein und wollten ab 1. Oktober bis 31. Dezember 1927 für die Fleischergesellen eine Zulage von weiteren 2 Pf. machen. Ab 1. Januar bis 30. Juni 1928 sollten die Fleischergesellen, Maschinen- und Helfer und Handwerker nochmals 5 Pf. Lohnzulage erhalten. Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen sollten jedoch leer ausgehen. Dieses Angebot wurde damals abgelehnt, weil eine Bindung in der Lohnfrage bis zum 30. Juni einer solchen bis zum Jahresabschluss 1928 gleichkommen wäre, da für eine Lohnbewegung im Sommer die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen vorliegen.

Für die Efa-Werke wurde damals ein Schiedsspruch gefällig, der für die Arbeiter eine Zulage von 5 Pf. und für die Frauen von 3 Pf. pro Stunde festsetzte.

Die Berliner Fleischwarenfabrikanten schlossen sich gegen Ende des vorigen Jahres der Vereinigung der hauslichen Arbeitgeberverbände an und zeigten sich nach diesem Anschlag ziemlich kompromissbereit. Am 11. November kündigten die Fleischwarenfabrikanten den Lohn- und Monteltarif und unterbreiteten den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen am 3. Dezember eine Manteltarifvorlage, die eine Umgehung von Verschlechterungen enthielt.

Eine Versammlung der Arbeiter der Fleischwarenfabriken beschloß darauf, die Verbesserung des Manteltarifes und die Wiederherstellung der Urlaubsbestimmungen des Jahres 1923 zu

fordern. Daneben wurde eine Lohnerhöhung von 17 Pf. pro Stunde in der Spitze und prozentual nach unten abgestuft für die anderen Gruppen gefordert. Gleichzeitig wurde auch vom Zentralverband der Fleischer der Lohnarif für die Efa-Werke gekündigt.

Nach vergeblichen Verhandlungen mit den Fleischwarenfabrikanten wie auch mit den Efa-Werken wurden die Verhandlungen gestern vor dem Schlichtungsausschuss fortgesetzt. Gewerbetar Kärner fällt schließlich mit seiner Stimme einen Schiedsspruch, der für die Arbeiter der Fleischwarenfabriken ab 1. Januar bis 31. Dezember 1928 in der Spitze eine Lohnerhöhung von 7 Pf. und für die anderen Gruppen bis zu 5 Pf. herab vorsieht. Für die Efa-Werke wurde ein Schiedsspruch gefällig, der für die Fleischergesellen dieselbe Zulage vorsieht wie im Schiedsspruch für die Fleischwarenfabriken, alle anderen Gruppen aber leer ausgehen läßt.

Zu diesem Schiedsspruch, der noch hinter dem Angebot der Unternehmer vom September u. J. zurückbleibt, nahmen gestern Abend die in den Betrieben des Verbandes der Fleischwarenfabrikanten beschäftigten Arbeiter in einer überfüllten Versammlung in Bechers Festhalle Stellung. Nach dem Bericht des Bevollmächtigten Genossen Schulz vom Zentralverband der Fleischer über die Verhandlungen und einer kurzen Diskussion beschloß die Versammlung in geheimer Abstimmung mit überarößer Mehrheit, heute, Mittwoch früh, in den Berliner Wurstfabriken die Arbeit einzustellen.

Die Arbeiter der Efa-Werke stimmen heute nach Arbeits-schluss über den für ihren Betrieb gefällten Schiedsspruch ab.

## Vorbereitung der Reichsbahnwahlen.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat den Hauptbetriebsrat aufgefordert, den Hauptwahlvorstand zu bestellen und alsbald einen einheitlichen Wahltermin für das ganze Reichsgebiet festzusetzen. Der

Hauptwahlvorstand wird in den nächsten Tagen gebildet werden und voraussichtlich am 6. Januar zusammentreten. Es ist jedoch anzunehmen, daß er sich nicht der Auffassung der Hauptverwaltung bezüglich des Wahltermins, sondern der vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands vertretenen Auffassung über die Rechtsmäßigkeit dieses Punktes der Berordnung des Reichsverkehrsministers anschließen wird.

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat die Betriebsvertretungen im Reich aufgefordert, die Wahlvorstände spätestens am 17. Januar zu bestellen. Eine frühere Bestellung ist nicht notwendig. Sie muß jedoch am 17. Januar erfolgen, da sonst die Wahlvorstände von der Verwaltung bestellt werden. Die Wahlvorstände sollen zunächst nur die Wählerlisten aufstellen. Für den Erlaß der Wahlauschriften sind weitere Anweisungen vom Vorstand des Einheitsverbandes abzuwarten. Die Wahlauschriften sind erst dann zu erlassen, wenn der Wahltermin vom Hauptwahlvorstand festgesetzt ist.

Die Entgegennahme von Vorschlagslisten kann erst nach Erlaß des Wahlauschreibens erfolgen. Die Wahlvorstände sind vorher nicht zur Entgegennahme von Vorschlagslisten verpflichtet.

Die Betriebsratsmitglieder des Einheitsverbandes werden aufgefordert, sich sofort mit ihren Ortsverwaltungen in Verbindung zu setzen, die ihnen weitere wichtige Einzelheiten mitteilen haben. Der Vorstand des Einheitsverbandes erwartet von seinen Funktionären und Betriebsräten, daß sie sich streng an seine Anweisungen halten. Es gilt, den vom deutschen Reichsverkehrsminister Koch und seinen Trabanten geführten Schlag gegen die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Seger; Wirtschaft: G. Alingh'ler; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Götter; Familien: R. B. Wüster; Politik und Sonstiges: Felix Korbelt; Anzeigen: H. Bloch, sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Druckanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Alern 2. Zeilagen und Unterhaltungs- und Wiken

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN:

# GROSSER INVENTUR-

BEGINN 2. JANUAR

# AUSVERKAUF: PREISE HALBTE

TEILWEISE HERABGESETZT BIS ZUR

**Damen-Winter-Mäntel** 9<sup>75</sup>  
verschiedene Ausführungen.....jetzt

**Damen-Winter-Mäntel** 19<sup>50</sup>  
aus Ottomane, Velours de laine und gemusterten  
Wollstoffen, mit Pelzbesatz.....jetzt

**Ein Posten**  
**Sritot-Charmeuse-Jumper** 10<sup>90</sup>  
früher bis 19,50.....jetzt  
**Kunstseidene Bullover** 12<sup>75</sup>  
eine gute Ausführung, früher bis 19,50.....jetzt

**Louisianna-62** ca. 130cm 98<sup>75</sup>  
tuch, ca. 8,50m breit, jetzt Meter

**Maletuch** 75<sup>75</sup>  
für kleine Leibwäsche, ca. 80 cm breit, jetzt Meter

**Nessel** 95<sup>75</sup>  
angewaschen, ca. 160 cm breit,.....jetzt Meter

**Haustuch** 1<sup>35</sup>  
für Bettst. u. volle Lakonhülle.....jetzt Meter

**Kinder-Kittel u. -Spiehlöschen**  
aus Flanel 95<sup>190</sup>  
oder Waschstoffen

**Kleider** 19<sup>50</sup> 9<sup>75</sup>  
reife, weiche Qualitäten, lange Aermel.....früher bis jetzt

**Kleider** 19<sup>75</sup>  
gute Qualität, Wolle und Seide gut verarbeitet, jetzt

**Ein Posten**  
**Wollwolle-Jumper** 3<sup>90</sup>  
früher bis 5,00.....jetzt  
**Woll-Lumberjack** 8<sup>90</sup>  
gutes Farbensortiment, früher bis 12,75.....jetzt

## Bettwäsche

**Kopfkissen-95** Pl. **Deckbett-365**  
Bezüge.....Stück von an Bezüge.....Stück von an

**Betttücher** 2<sup>25</sup> **Betttücher** 2<sup>45</sup>  
Flanel.....Stück von an Baumwolle Stück von an

**Schlafdecken**.....Stück von 95<sup>75</sup> an

**Einzelne garnierte Kopfkissen-**  
Bezüge, ansehenswert, durchweg  
Serie I 1<sup>45</sup> Serie II 2<sup>25</sup> Serie III 3<sup>75</sup> Serie IV 5<sup>25</sup>

**Einzelgarn. Überschlaglaken**  
angestrichelt, durchweg... Serie I 6<sup>95</sup> Serie II 9<sup>75</sup> Serie III 13<sup>50</sup>

**Stramin-Rissenplatten** musterartig.....jetzt 3<sup>90</sup>  
**Rips-Rissenplatten** schwarz, vorgeschichtet.....jetzt 75<sup>75</sup>  
**Kanevaskissen** gemalt.....jetzt 90<sup>75</sup>

Am Schürzenlager:  
**Grosse Posten**  
**Gartenkleider** 2<sup>95</sup> 5<sup>90</sup>  
aus Indantärenstoffen, in netter Ausführung.....

## Strümpfe

**Damen-Strümpfe** 95<sup>75</sup>  
Kato, Kaselid, Goldseid, od Herren-Socken, Kato  
gemalt, Kunstseid, elastisch, Seidenfaser gemalt, Paar

**Damen-Strümpfe** 38<sup>75</sup>  
oder Herren-Socken, Baumwolle.....Paar

**Damen-Strümpfe** 78<sup>75</sup>  
oder Herren-Socken, gute Qualität, Paar

**Damen-Strümpfe** 1<sup>95</sup>  
künstliche Seide, Fil de perle, Kato, Imit, reine Wolle, oder  
Herren-Socken, Bomberg-Seide (kunstl. Wasch-  
seide) gemalt, reine Wolle glatt und gemalt, Paar

## Trikotagen

**Damen-Schlüpfer** Mako, 1<sup>95</sup>  
elastisch, meliert, herrliches Farbensortiment St.

**Damen-Schlüpfer** 1<sup>45</sup> 1<sup>95</sup>  
m. angestrichelt, Futter, schönes Farbensort. St.

**Herren-Hemden** 2<sup>45</sup>  
mit Doppelseitig sehr ägyptisch stark.....Stück

**Herren-Hosen** Vordersechseck, echt ägyptisch  
Mako oder gute wollhaltige Qua. ist.....Stück

**Herren-Garnituren** Jacke 3<sup>25</sup>  
mit Bekleid, moderne Farben.....Garnitur

## Leinenwaren

**Küchenhandtücher** weisse Gersten-  
korn, mit rot r. 38<sup>75</sup>  
Kante, gekümt und gebündert... früher bis 58 Pl, jetzt Stück

**Küchenhandtücher** Einleinen-  
Dalpeckgewebe, 88<sup>75</sup>  
weiss, mit farbig. Kante, ges. u. gebünd. früher bis 1,25, jetzt Stück

**Stubenhandtücher** Einleinen-Jacquard,  
ca. 46x180 cm, ab-  
gestreift, gekümt und gebündert..... früher bis 1,75, jetzt Stück

**Ein Posten Damast-Tischtücher** m. k. ein. B. Gehalt-  
lich er. im Preise ganz  
bedeutend ermäßigt

**Jacquard-Tischtücher** weiss, 68<sup>75</sup>  
ca. 120x180 130x225 130x255 50/50 cm  
früher 2<sup>90</sup> 3<sup>90</sup> 4<sup>90</sup> 6<sup>90</sup> Servietten  
b. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20  
jetzt Stück

**Obergarn** 1000 m, 4-fach..... 45<sup>75</sup> Pl.

**Gürtelhalter** mit 4 Hältern..... 68, 95<sup>75</sup> Pl.

**Wäscheträger**.....Paar 18<sup>75</sup> Pl.

Am Schürzenlager, er:  
**Hauskleider** 1<sup>95</sup> **Berufs-** **Kittel** 4<sup>90</sup> 5<sup>90</sup>  
aus gutem Kephir und guter Verarbeitung..... Kephir, tartig schwarz  
Zan-lla

Reste u. Abschnitte teilweise bis zur Hälfte im Preise herabgesetzt!

# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse \* Alexanderplatz \* Frankfurter Allee \* Belle-Alliance-Strasse \* Brunnenstr. \* Kottbuser Damm \* Wlnersdorfer Str. \* Indrassir. \* Coausseps r.



# Erfolg Zannowikbrücke.

Die Eisenkonstruktion der Zannowikbrücke, die auf der alten Zannowikbrücke fertig montiert wurde, soll demnächst auf ihren Aufstellungsort, 38 Meter stromaufwärts „verschwenkt“ werden. Auf untergelegten Rollen, die auf eisernen Schienen laufen, werden die 170 Tannen dieser Interimsbrücke bewegt. Ein halbes Jahr soll sie den Fußgängerverkehr über die Spree leiten, der sich auf dem östlichen Ufer noch durch einen Stadtbahnbogen drängen muß. Bei einer Breite von 7 Metern und 72 Metern

Spannweite wird diese „Rohbrücke“, auch äußerlich, der neuen Zannowikbrücke sehr ähnlich sein, nur daß letztere für den Straßenbahn- und Fahrverkehr noch entsprechend breiter gestaltet wird. Aber erst muß die Reichsbahn die Verstärkung der Stadtbahnbogen fertiggestellt haben, muß die alte Zannowikbrücke abgebrochen und der Tunnel der Untergrundbahn in die Spree gefaßt werden, bis sich die neue Brücke über die Spree spannen kann — und solange wird die Rohbrücke gute Dienste leisten.

## Verkehrsunterricht.

In den Straßen Berlins begann gestern der eigenartigste Schulunterricht, den die Berliner je erlebt haben. Sie sollen „richtig laufen“ lernen. 2 Uhr nachmittags bezogen die „Lehrer“ der Verkehrswehr des ADAC ihre Standplätze. In allen großen Verkehrsstraßen wurde der Unterricht der Straßenpolizisten aufgenommen. Plakate wiesen das Publikum darauf hin, daß es das „Lehrbuch“ der Gehschule umsonst erhalten könne. Zum eigentlichen Unterricht kamen die Lehrer am ersten Tage nicht, weil der Lufteinbruch auf die kleine Flugchrift zu groß war. Ausgehend von dem Gedanken, daß der Berliner jedenfalls kein geduldiger Schüler sein wird, beschränkte sich die Flugchrift darauf, nur die wichtigsten Schlagwörter niederzulegen. Was soll der Berliner nun lernen. Zunächst einmal die Bedeutung der Signallampen. Die anderen notwendigen Kenntnisse, die jeder braucht, um im Verkehr sicher zu sein, sind in 10 Gebote zusammengefaßt. Der Fußgänger wird darin aufgeklärt, wie und wo der Fahrdamm ohne Gefahr zu überschreiten ist. Gewarnt wird davor, sich unndig auf die Fahrbahn der Straße zu begeben. Beim Überqueren eines Fahrdammes soll jeder rechts und links den Verkehr beobachten. Wer nur 10 Minuten lang den Fußgängerverkehr an den großen Verkehrszentren beobachtet, weiß, wie notwendig solche Aufklärungsarbeit ist. Wenn sie mit Energie fortgesetzt wird, kann sie gute

Erfolge verzeichnen. Wichtig wäre, daß die Aufklärungsarbeit sich nicht nur darauf beschränkt, Flugchriften zu verbreiten. Vielmehr wäre auch eine praktische Anleitung nicht von der Hand zu weisen.

## Umsteigen auf die Stadtbahn! Das Ergebnis der ersten beiden Tage.

In den ersten beiden Tagen des Bestehens der Umsteigemöglichkeit von den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen auf die übrigen Berliner Verkehrsmittel machten — nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Berlin — je etwa 20000 Personen von dieser Einrichtung Gebrauch. Am 1. Januar wurden auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen 10303 Umsteigefahrer ausgegeben, während zur Stadtbahn 11102 Personen umstiegen. Für den 2. Januar ist ungefähr das gleiche Ergebnis zu verzeichnen: Auf der Stadtbahn wurden 10381 Umsteigefahrer ausgegeben, und die Zahl der zur Stadtbahn umgestiegenen Personen, die noch nicht feststeht, dürfte sich ähnlich entwickelt haben. Ein genaues Bild über den Umfang des Umsteigeverkehrs wird sich jedoch erst ergeben, wenn die Neuregelung längere Zeit befreit und sich eingespielt hat. Vielfach sind auch im Publikum die Vorteile der neuen Maßnahmen noch nicht genügend bekannt oder erprobt.

## Der Hauswirt nimmt Anstoß . . .

Man schreibt uns:  
Noch besteht das Mieterchuzerlei, die Hausbesitzer aber rühen sich bereits eifrig zur Wiedereroberung all ihrer alten Hauspogeherrlichkeiten. Nicht nur werden, wie in dem vor einigen Tagen geschilderten Fall, wegen unbeträchtlicher oder in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Mieterrückstände Räumungslagen eingeleitet, es werden auch alle Register der aus allen Lösen Zellen so wohlbekannten Schikanen gezogen. Familien mit kleinen Kindern wird plötzlich auch das Weichen der Kinderwägelchen in der Küche unterlag, bei Vermeidung sofortiger Räumungslage. „Was tu's, daß nach Auskunft des Mietseingangsamtes der Vermieter hierzu gar nicht berechtigt ist und die Räumungslage keine Aussicht auf Erfolg hat. Der Herr Hauswirt hat einen Zweck, die Beunruhigung des mißliebigen Mieters erreicht und ihm Zeit- und Geldverlust verursacht. Parteien, die jahrelang mit Wiffen des Herrn Hauswirts einen Hund hielten, wird plötzlich anbefohlen, binnen acht Tagen bei Vermeidung sofortiger Räumungslage den Hund abzuschaffen — kurz, den Herren Hauswirten ist jedes Mittel recht, um mißliebige Mieter zu schikanieren. „Mißliebige“ aber ist vor allem jeder, der seine Rechte als Mieter wahrnimmt, vor allem von dem Herrn Hauswirt die Reparaturen verlangt, zu denen er verpflichtet ist. Das Recht auf diesem Gebiete ist der Hausbesitzer als Sittenpolizist.

Die Mieterin eines Wilmersdorfer Hauses erhielt kürzlich von dem Rechtsanwalt der Hauswirtin folgenden Brief:  
„Am Auftrage der Hausbesitzerin Frau Roerlen unterlage ich Ihnen die Untervermietung an Herrn . . . Sie stehen zu demselben in intimen Beziehungen. Meine Mandantin und deren Familie nimmt daran Anstoß. Ich ersuche Sie, mir binnen drei Tagen zu bestätigen, daß Sie Herrn . . . zum nächsten Termine nämlich dem 1. Januar 1928, kündigen und dafür Sorge tragen werden, daß er das Haus nicht wieder betritt, andernfalls bin ich ermächtigt, gegen Sie Räumungslage einzureichen.“

Abgesehen von der unerhörten Farn und der fouveränen Berachtung jeder noch vorhandenen Mieterchutzgesetzgebung, die aus diesem Schreiben spricht, sind an diesem Fall noch einige Nebenstände interessant. Der Untermieter wohnt nämlich bereits seit fünf Jahren in dem Haus, und die Hauswirtin sah sich erst veranlaßt, Anstoß zu nehmen, als die Mieterin vor ihr durch eine Klage die Vornahme dringender nötiger Reparaturarbeiten erzwingen mußte. Das von dem „Anstoß erregenden“ Mieter anerkanntes Kind der Frau I. A. ist bereits drei Jahre alt, und seine Erziehung sowieso wie die Vaterschaft S. . . vor weder der Hauswirtin, noch sonst einem Menschen auch der entferntesten Nachbarschaft verborgen — kurz, es handelt sich um einen der in der Großstadt nicht seltenen Fälle eines freien Bundes zweier Menschen, die aus irgendwelchen Ursachen auf die Legitimierung ihrer Beziehungen vorläufig Verzicht leisten. Sollte hier wirklich mit dieser Begründung eine Räumungslage eingeleitet werden, so wäre ihre Entscheidung von prinzipieller Bedeutung nicht nur darüber, wie weit dem Hauswirt das Recht auf Sittenkontrolle seiner Mieter zusteht, sondern auch für alle Fragen, die mit dem Komplex der sogenannten „freien Ehe“ zusammenhängen. Von den Wohlfahrtsämtern sowohl wie von der Arbeitslosenunterstützung wird auf Antrag nicht nur das uneheliche Kind, sondern auch die nicht standesamtlich verbundene Lebensgefährtin unterstützt. Es wäre darum äußerst unglücklich, alle diese Menschen nun der Schikane oder der Expropretation machtsüchtiger Hauswirte auszuliefern, und es steht zu hoffen, daß die Gerichte endlich darauf verzichten, so offensichtlich nur aus Schikane erhobenen Räumungslagen stattzugeben.

Eine verspätete Silvesterfeier brachte vorgestern einen Kaufmann Wolfgang W. aus der Steinstraße in Steglitz in Gefahr. Als er gegen 7 Uhr seine Wohnung fast erreicht hatte, schoß vor dem Nebenhaus ein junger Bursche mit einem Zergorol herum, weil er wohl aus der Neujahrsnacht noch Patronen übrigbehalten hatte. Der Kaufmann wurde an der Kniekehle getroffen und mußte sich auf der nächsten Rettungsstelle verbinden lassen. Zum Glück war das Geschoß nicht weit eingedrungen, so daß die Verletzung nicht schwer ist. Der Junge lief davon und ist noch nicht ermittelt.

## Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Während eines Berichtes des Präsidenten des Parteikomitees über die Arbeit der Gouvernementssektionen der Verwaltung für politische Erziehung sah ihn Schidtkij mit freundlichem Lächeln an (und die Augen schimmerten dabei) und legte die Hand auf seine Finger.  
„Fürchtest du dich, Serjoga? Ja, ja, man wird's dir schon zeigen — halte dich.“  
„Warum denn? Wofür? Ich fühle nichts, das einer Angst nur irgendwie ähnlich ist. — Als ob es irgendwo — außerhalb von mir wäre, mich nichts angehe.“  
„Racht nichts, hab' keine Angst, wir werden dich schon verteidigen. Der Teufel ist nicht so schrecklich, wie man ihn sich vorstellt.“  
Luchawa hockte wie gewöhnlich auf seinem Stuhl, das Kinn in die Knie geböhrt, und sprühte Funken aus Augen und Haaren.  
„Düßst, Schidtkij: du hast selber Angst vor dieser Reinigung. Und auch ich habe Angst. Vor nichts habe ich Angst — nur davor. Sergeij wird ausgeschlossen werden. Wo hast du die Kraft, dem entgegenzutreten? Gewesener Menschewik! . . . und Benins Parole lautet: die Menschewiken — davonjagen.“  
Schidtkij schlug mit der Faust auf den Tisch und seine Nasenflügel blähten sich wie Blasen auf.  
„Er wird nicht ausgeschlossen werden. Warum nicht du, nicht ich, sondern — er? Was spricht dafür? Menschewik? Intellektueller . . . Das ist Unsinn . . . das ist kein Grund. . . Wir haben genug Möglichkeiten, zu protestieren, wenn das geschehen sollte. Die Kommission arbeitet scheußlich: man schleift wegen nichtiger, ganz fragwürdiger Gründe aus oder man schleift die Gründe an den Haaren herbei. Diese Woche sind schon vierzig Prozent der verantwortlichen Arbeiter und fast ebenso viele aus der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden. Da ist zum Beispiel Schut . . . ein Arbeiter . . . und der Grund: Rebell und deklariertes Element.“  
„Schut? . . . Er ist ausgeschlossen?“  
Sergeij wandte sich erstaunt zu Schidtkij, es schien aber, als ob er unabsichtlich so reagiere. Schidtkijs Worte rührten ihn eigentlich nicht und waren fern und bedeutungslos.  
Luchawa sagte, ihn unterbrechend, ruhig und ungewöhnlich streng, mit einer offiziellen Nachlässigkeit: „Die Kom-

mission ist nicht verpflichtet, Tatsachen mitzuteilen, und du hast nicht das Recht, dich hineinzumischen und ihre Arbeit zu kritisieren. Für die Ausgeschlossenen gibt es nur einen Weg — Einspruch zu erheben.“

„Gut, aber ich werde nicht ruhig zusehen, werde vor nichts zurückschrecken. Ich werde einen Wirbel bis zum 31. hinauf machen. Der Mann, der jetzt die Reinigung vornimmt, versteht seine Arbeit nicht. Das führt nur zur Zerstörung der Organisation. Wir haben genug Gründe, um zu protestieren. Ich werde die Sache nicht so belassen.“

Und wieder schlug er mit der Faust auf den Tisch und fluchte laut.

Und Luchawa schüttelte den Kopf und steckte seine Nase zwischen die Knie.

„Esel . . . Dann wird man dich eben auch ausschließen oder dich verlegen. Im besten Fall dich zu irgendeiner untergeordneten Arbeit degradieren.“

„Bitte: ich habe davor keine Angst.“

Und Sergeij bemerkte, daß auch Schidtkij und Luchawa sich und ihn mit fieberhaften Augen, die vor schrecklichen Ahnungen brannten, ansahen.

Und in der Frauengruppe konnte Polja, abgemagert, mit einer tiefen Qual in den Augen, nicht das Zittern ihrer Hände und das Zucken ihres Gesichtes unterdrücken. Dascha, festnagig und stark, sah etwas eiserner vom Tisch und schrie mit ungeschicktschwerer Hand irgendeinen Bericht. Sie sah weder Sergeij noch Rjehowa. Was geht es sie an, worüber sie sprechen und sich aufregen?

Polja rief mit einer Handbewegung Sergeij und wies auf den Stuhl ihr gegenüber. Sah ihn an, dann Dascha, sah aus dem Fenster und konnte das nervöse Zittern ihres Gesichtes und ihrer Hände nicht zurückhalten.

„Sergeij, kennst du dich vielleicht aus in all dem, was ient voraeht? Ich bin ganz verrückt geworden. Dascha versteht mich nicht mehr: sie ist so groß geworden und spricht mit mir nicht mehr so — wie sie früher gesprochen hat. Ich fühle, daß ich aus der Partei ausgeschlossen werde, Sergeij.“  
Dascha schwieg, hörte nicht zu, was Polja sagte.

Auch Sergeij schwieg; er wußte nicht, was ihr erwidern. Er wollte leise und behutlich ihre Seele berühren, fand aber die notwendigen herzlichen Worte nicht.

„Ich werde dort liegen, was ich sehe und fühle. Verstehst du? . . . und man wird mich ausschließen . . . Das, was vorgeht, was geschieht . . . was mich und die Revolution zerfleischt . . . Ich kann nicht lügen . . .“

Dascha pflegte mit der Feder das Papier, angestrengt und mühevoll nahm sie die rechte Hand vom Tisch und hob

den Kopf. Unter der trotzig-gewölbten Stirn, die mit dem roten Tuch fest verbunden war, zuckten ihre Brauen hoch über der Nase.

„Was was ist eigentlich geschehen, Genossin Rjehowa? Ich sehe in meiner Dummheit nichts . . . Die Arbeit in der Frauenorganisation geht besser, und wir Frauen haben gelernt, an der gemeinsamen Front unsere Sache besser als die Männer zu verteidigen. Was also ist das Fürchterliche geschehen, Genossin Rjehowa?“

Polja jubte unter Daschas Stimme zusammen und sprang auf.

„Wie wagst du nur, so zu sprechen? Du weißt nicht, was geschehen ist, nein? . . . Du weißt nicht, daß ein Meer von Arbeiter- und Rotarmistenblut . . . ein Meer . . . hörst du, Dascha? . . . ein Meer von Blut vergossen wurde, nur damit auf dieser Erde, die vom Blut noch nicht trocken ist, Märkte, Cafés und Tingeltangels sich breit machen . . . damit alles in einen schmutzigen Haufen zusammengeworfen wird? . . . Du weißt das nicht? . . . Nein? . . .“

Sergeij hatte noch nie Polja in solcher Erregung gesehen. Ihr Gesicht war das einer Befessenen, das ganze Blut ergoß sich in ihr, und Schweißtröpfchen bedeckten wie Tau ihre Stirn und Oberlippe, und ihre Augen waren trocken und trüb. Dascha bückte sich wieder über das Papier und lächelte ein verstehendes, herablassendes Lächeln.

„Und ich dachte — daß . . . Glaubst du mir nicht, Genossin Rjehowa, daß alle außer dir nur Dummköpfe und Lölpel sind?“

„Ja, ja! . . . Dummköpfe! . . . Verräter! . . . Feiglinge! . . .“

Und plötzlich wurde sie still und lächelte Sergeij lächelnd an, hob die Hände zu den Augen und weinte.

„Warum bin ich nicht damals gestorben . . . Damals, in jenen Tagen . . . in den Straßen Moskauts . . . oder in der Armees? . . . Wozu muß ich diese qualvoll-schändlichen Tage erleben, liebe Genossen?“

Sergeijs Gesicht zitterte unter einem Lächeln, das er nicht zurückhalten konnte, und es gelang ihm nicht, die ganze Luft, die in seinen Lungen war, auszuatmen. Seine Lippen hüpfen, als ob sie nicht ihm gehörten, und in seinen Augen zerflamte Polja, zerflamte das Fenster, zerflamten die Wände und verwandelten sich in einen dichten, wolligen Teig. Wahrscheinlich war er müde. Wahrscheinlich kam er fremde Tränen nicht ertragen. Wahrscheinlich hatte Polja, damals in der Nacht, seine letzten Kräfte genommen, als sie, tot vor Schrecken, gebrochen durch die tierische Kraft Bodjins, zu ihm in sein Zimmer hereingestürzt kam. (Fortsetzung folgt.)

# Zum Raubüberfall im Stadtbahnzug.

Der böse Geist der Familie.

Gegen den Eisenbahnattentäter Horst Riebach, dessen Opfer Dora Perste an Silvester beerdigt worden ist, hat Staatsanwaltstaatsrat Dr. Ottmann die Eröffnung der Voruntersuchung wegen Raubmordes beim Landgericht II beantragt. Horst Riebach hat auf Veranlassung von Kriminalrat Gennat inzwischen seinen Lebenslauf verfaßt, der, ungeachtet seiner Jugend, schon eine Reihe von Verbrechen aufweist.

Der jugendliche Attentäter bezeichnet als den bösen Geist seiner Familie, der auch mittelbar Anlaß zu seiner Bluttat gegeben hat, die kurz vor Weihnachten zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus gehörte die ganze Familie Riebach zu den fallenden Schwurzeugen dieser gefährlichen Frau, und Vater, Mutter, Schwester und Horst Riebach traten vor dem Schwurgericht als Zeugen auf. Während die Mutter und die Schwester schließlich ein Geständnis ablegten, zu fälschem Zeugnis angeleitet worden zu sein, hatten der alte Präparator Riebach und sein Sohn Horst bis zum Schluß hartnäckig an ihren früheren Eiden festgehalten. Infolge dieses Prozesses wollte sich die Braut von Horst Riebach, eine 19jährige Stenotypistin, von ihm loslösen. Um sie weiter an sich zu fesseln, hatte er ihr zu Weihnachten große Geschenke in Aussicht gestellt, indem er ihr vorzeigte, daß er große Geschäfte gemacht habe. Die Mittel für die versprochenen Geschenke beschaffte er sich durch Raubüberfälle in der Stadtbahn zu verschaffen. Interessant ist, daß Horst Riebach die zu der Bluttat verwendete Eisenkassette ursprünglich für den verstorbenen Eisenkassettbreitbar bestimmt hatte. Dieser ließ sich bei seinen Vorführungen aus dem Publikum Eisenstücke reißen, die er dann bog. Horst Riebach, der damals als Schlosser arbeitete, hatte sich zu diesem Zwecke die Eisenkassette angeeignet. Breitbar konnte sie aber nicht verwenden, weil sie scharfkantig war. Das Eisenstück lag in der Wohnung herum und kurz vor dem Attentat im Stadtbahnzug duferte ein Bekannter bei einer Besichtigung der Schiene, daß man damit leicht jemandem eins über den Kopf hauen könnte. Dadurch will Horst Riebach auf die Idee gekommen sein, die dreikantige Eisenkassette als Raubinstrument zu verwenden. Horst Riebach, der von Rechtsanwalt Dr. Sidner Mendel verteidigt wird, wird in den nächsten Tagen dem Untersuchungsrichter zur ersten verantwortlichen Vernehmung vorgeführt werden. Voraussichtlich wird er sich schon im Februar vor dem Schwurgericht II zu verantworten haben.

## Zusammenstöße und Verletzungsfälle.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern nachmittag um 17 Uhr an der Ecke Alexanderstr. und Gitschiner Straße zwischen einem Lastkraftwagen und einem Hanomagleinwagen. Der Hanomag wurde zertrümmert. Der Fahrer, ein Kaufmann Adolf Schüller aus der Wilhelmsbrückstraße 11, wurde schwer verletzt unter den Trümmern herangezogen. Der Verunglückte wurde durch das Städtische Rettungssamt in das Urban-Krankenhaus gebracht. Stimpflicher kam kein Begleiter, der Kaufmann Otto Heine aus der Schleiermacherstraße, davon. Er erlitt einen Schlüsselbeinbruch und konnte nach Anlegung von Notverbänden in seine Wohnung gebracht werden. Auch der Mitfahrer des Lastkraftwagens, Hermann Rood aus der Kaiser-Friedrich-Straße zu Pantow, zog sich erhebliche Verletzungen am Kopf und an den Händen durch herumfliegende Glasplitter zu. Die Schulfrage konnte nicht geklärt werden. — Die übliche Unfälle des Abends hatten gestern nachmittag am Kaiserdam wieder einen schweren Unfall zur Folge. Der 29jährige Kaufmann Wilhelm Kunze sprang von der in voller Fahrt befindlichen Stadtbahn der Linie 75 und geriet so unglücklich unter den hinteren Teil des Triebwagens, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. R. wurde in hoffnungslosem Zustande in das Westender Krankenhaus übergeführt. — An der Brommbrücke wurde der 23jährige Bäcker Bernhard G. aus der Schillerpromenade in Reutlin von einem Geschäftsauto überfahren und schwer verletzt. G. land im Urban-Krankenhaus Aufnahme. — Beim Ueberschreiten des Bahndammes in der Königin-Augusta-Straße wurde der 33jährige Rutscher Hermann R. aus der Kirchbachstraße von einem Auto erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte wurde zur nächsten Rettungsstelle und von dort in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

## Er will sich den „Jagdchein“ erweisen . . .

Seit einigen Tagen ist der Vertreter einer Potsdamer Spirituosenfabrik, der Kaufmann Karl Seefeld vermisst. Seefeld wohnte in der Rauener Straße in Potsdam und duferte zu seinen Bekannten, daß er jetzt eine Berrücktenreise antreten müsse, um den Jagdchein zu erlangen. Am Sonnabend wurde Seefeld im Kriegervereinshaus in der Chausseestraße zu Berlin erwischt, um dort als Geschäftsführer abzurechnen, denn der Kolonialverein hatte einen Fehlbetrag von 6300 Mark festgestellt und der Abrechner einen Fehlbetrag von 4000 Mark. Das Geld kann nur von S., dem man in Potsdam größtes Vertrauen entgegengebracht hat, unterschlagen worden sein. Früher hatte Seefeld in Potsdam eine Autodroste laufen, und auch sonst hat er verschiedene Geschäfte verlust.

## Geschäft und Politik.

Ein für Zeitungs-Strasenhändler einschneidendes Urteil fällt die Große Strafkammer. Wegen Beleidigung des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß war der Zeitungsverkäufer Karl Jovipalki angeklagt. Er hatte am 16. Mai v. J. die Sondernummer 110a des „Völkischen Beobachters“ verkauft, die sich mit dem „Polizeierror wegen des Verbots der nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ befahte. Die Nummer enthielt eine Korrektur von Dr. Weiß mit der Uberschrift: „Der jüdische Herr von Berlin.“ An der Zeitungsansage des Angeklagten war das Bild und die Uberschrift mit Rotstift umrahmt und die Uberschrift unterstrichen. Hierin wurde eine Verächtlichmachung des Polizeivizepräsidenten erblickt. Der Angeklagte behauptete allerdings, daß er sich um den Inhalt der Zeitungen nicht gekümmert habe und daß es ihm lediglich um den Verkauf zu tun gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis und das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. Dem Polizeivizepräsidenten Weiß wurde die Publikation des Urteils im „Völkischen Beobachter“, „Vorwärts“ und „Berliner Lokal-Anzeiger“ zugesprochen. Schwieriger war für das Gericht die Entscheidung, ob gemäß des § 41 des Str.-G.-B. in diesem Falle auch auf Einziehung und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen der Nummer des „Völkischen Beobachters“ zu erkennen sei. Das Gericht bejahte jedoch diese Frage und entschied demgemäß.

## Kindersehen bei den Mantelpavianen.

Am Affenpalmenhaus des Zoologischen Gartens sind in der letzten Zeit bei der Mantelpavianherde hintereinander ein halbes Duzend Junge geboren worden, die mit ihren Müttern sehr anziehende Bilder bieten. Die Kleinen wagen sich zum Teil schon aus den Armen der Mütter weg und riskieren Lauf- und Kletter-, Spiel- und Springversuche. Bald aber werden sie immer von der besorgten Mutter wieder herangezogen. Wenn sie erst etwas mehr herangewachsen sind, klammern sie sich nicht mehr an Bauch und Brust der Mutter an, sondern reiten auf deren Rücken, was sehr spassig aussieht. Auch bei den übrigen Pavianen in den Einzelkäfigen und bei anderen Affen sind vielfach Junge vorhanden, die auf im neuen Hause hat sich als sehr fruchtbar erwiesen.

# Eine Potsdamer Affäre.

Der Herr Hauptmann, der sich „einschränkte“.

Ein Kiefenaufgebot Potsdamer Geschäftsleute tritt in dem Saal des Potsdamer Schöffengerichts, um als Zeugen gegen den fünfzigjährigen Hauptmann a. D. Kurt August Meyer-Wählen aufzutreten. Alle Zeugen, die mit dem Angeklagten verhandelt haben, haben es vorgezogen, nicht vor Gericht zu erscheinen. Der Angeklagte, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, ist des Betruges in 26 Fällen schuldig und zwar in strafverschärfendem Rückfall. Ferner wird dem Angeklagten schwere Urkundenfälschung und Unterschlagung zur Last gelegt.

Im Jahre 1926 kam Meyer als pensionierter Hauptmann nach Potsdam, nachdem seine Pension Wiesbaden, soweit sie der Pfändung unterlag, bis zum Jahre 1942 verpfändet war. Den übrigen, nicht verpfändbaren Teil der Pension hatte der Angeklagte auf die Pantower Bank in Berlin überwiesen und zwar bis zum Jahre 1930. So stand der Angeklagte in Potsdam mit Frau und zwei erwachsenen Söhnen fast mittellos da. Dessenungeachtet mietete er für sich und seine Familie an der Tochter des früheren Chefs des Zivilkabinetts des ehemaligen Kaisers, Fräulein Luise von Lucanus, zwei der elegantesten Zimmer ihrer Wohnung in der Karlstraße 2 in Potsdam ab. Damit war das Fundament für die geplanten Betrügereien gegenüber der Potsdamer Geschäftswelt gelegt. Das Haus Karlstraße 2 liegt im alten guten Villenviertel und im Hause selbst wohnt ältester Potsdamer Adel. Und vor der Tür, hinter der der Angeklagte wohnte, stand der Name von Lucanus. Das genügte der Potsdamer Geschäftswelt. Die köstlichsten Delikatessen, Spirituosen, Lausprecher, feinstes Schuhwerk, Prachtbände nationaler Bücher und eleganteste Herren- und Damengeräbe wurde geliefert ohne Bezahlung. Der Herr Hauptmann gab Anweisungen auf die Pantower Bank, auf der aber kein Guthaben vorhanden war. Ein Potsdamer Sanitätsrat blühte Hunderte von Mark von seiner Honorarrechnung ein. In dem Haushalt, in dem der Alkohol regierte, herrschte eine geradezu polnische Wirtschaft. Und dabei versichert der Angeklagte, daß er sich stets „einschränkt“ habe. Staatsanwaltschaftsrat Stargard: Was nennen Sie eingeschränkt. Haben Sie nicht Luxusbestellungen in großem Ausmaß gemacht. Der Angeklagte gibt zu, daß er auch die Konfirmation seines Sohnes im Palasthotel zu Potsdam sehr elegant gefeiert habe. Sekt wurde bestellt. Aber dessen ungeachtet ist Konfirmationswache und der Konfirmationsanzug bis zum heutigen Tage nicht bezahlt worden. Zeugen bekunden unter Eid, daß auch die Frau Meyer Bestellungen gemacht hat und Anweisungen auf die Pantower Bank selbst ausgestellt habe. Dazu erklärt der Staatsanwalt, daß bereits ein Verfahren gegen Frau Meyer schwebt. Auch der 18jährige Sohn des Angeklagten, ein Primaner, kauft Sportartikel bei einem Polzeimajor a. D., der jetzt ein Sportgeschäft in Potsdam besitzt. Und der Name a. Lucanus wiegte den Geschäftsmann in Sicherheit. Er gab dem Jungen Tennisplätze auf Kredit und anderes mehr. Auf die

Frage des Staatsanwalts, ob er seinen Sohn zu diesen Einkäufen ermächtigt habe, antwortet der Angeklagte: Jawohl, das habe ich getan. Allgemeines Aufsehen machte die Auslage des Hoteliers Teichmann in Potsdam am Palasthotel. Er befand, daß zur Einsegnung ein Salon reserviert werden mußte, beim Diner wurde Sekt getrunken, und als das Konfirmationsdiner zu Ende war, verschwand die Gäfte und der Gastgeber heimlich, ohne die Kosten bezahlt zu haben. Bis heute hat der Zeuge noch keinen Pfennig erhalten. Frau Meyer hatte verschiedentlich Kleider bestellt. Die Kleider wurden getragen und dann in Pfandhäusern verpfändet. Ein zehnjähriger Sohn des Angeklagten holte dann die Kleider aus einer Pfandleihe, als die Polizei in der Villa erschien. Ganz raffiniert ging der Angeklagte vor, als er seine Söhne mit einem Brief an Geschäftsleute schickte, folgenden Inhalts: „Da ich herzlich bin, bitte um Auszahlung. Anbei Ueberweisung an die Pantower Bank.“ Die Geschäftsleute schickten, aber von der Bank war nicht ein Pfennig zu erhalten. Pfändungsbegehre gegen das Ehepaar verliefen fruchtlos. Damit nicht genug, operierte der Herr Hauptmann a. D. mit gefälschten Konsumzepten und Stempeln des Potsdamer Versorgungsamtes gegenüber einer Bank, monoch er derselben seine Pension überweisen ließ, die auf Jahrzehnte gepfändet war. Täglich mußte eine Flasche Cognat und Delikatessen zu dem Ehepaar hinarbeiten. Auch französische und spanische Weine wurden auf Kredit genommen. Vorkündender, Landgerichtsdirektor Dr. Warmuth: „Sie waren doch vollständig mittellos. Ruhren Sie da noch leure Weine trinken?“ Angeklagter: Für 250 M. kann man doch keine Weine trinken, im übrigen haben wir uns mit Cognat eingelassen und Umschläge gemacht.“ Als das Betrugsmandat schließlich in Potsdam aufgedeckt wurde, flüchtete Meyer, der früher in süddeutschen Garnisonen ein stilles Leben führte an den Spieltisch nach Zoppot, um sich zu isolieren. Er verlor und wurde verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte unter Jubilation mildernder Umstände ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf zehn Monate Gefängnis.

Solche Affären, für die gerade die Potsdamer Verhältnisse wie geschaffen sind, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Lebensauffassung gewisser Kreise, die es als ihr Vorrecht betrachten, auf dem Arbeiter herabzusehen. Sie zeigen auch, wie lebensunwürdig diese Leute zumellen sind, wenn sie ihre frühere Stellung, auf die sie mechanisch eingedrillt waren, verlieren. Wann aber wird es in Deutschland endlich einmal dahin kommen, daß man Leuten nicht auf ihren abligen Namen hin allein vertraut. Immer wieder erlebte man erstaunliche Fälle von Leichtgläubigkeit, die es verkommenen Rügelnern aller Adelsfamilien oder ihnen nachstehender Kreise nur zu leicht machen, auf betrügerische Art ein „gutes“ Leben zu führen. Man sollte mit solchen Potsdämlichkeiten endlich gründlich aufräumen.

## Der erregte Angeklagte.

„Dich knalle ich nieder.“

Am 16. Juli v. J. kam es im Schöffengericht Berlin-Mitte zu einem nicht alltäglichen Ergeb. Der Angeklagte R. hatte sich wegen Rückfallsbetrugs in vier Fällen zu verantworten. Als sein Schwager R. ihn belästigende Ausreden machte, rief er ihm erregt „Maulaffe“ zu, wofür er eine dreitägige Haftstrafe erhielt. R. wurde schließlich in den Betrugsfällen, die ihm sein Schwager zum Vorwurf gemacht hatte, freigesprochen, erhielt aber für zwei Betrugsfälle zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Als er abgeführt wurde und bei seinem Schwager vorbeikam, sagte er ihm laut „Stroh, Sch...“. Der Richter, Amtsgerichtsrat Dr. Burthard, rief den Angeklagten zurück und erteilte ihm eine weitere dreitägige Ordnungshaft. Als R. zum zweitenmal an seinem Schwager vorbeikam, rief er ihm zu: „Selbst wenn ich 15 Jahre Zuchthaus bekomme, dich knalle ich nieder.“ und zum Richter gewandt, schrie er: „Und dich auch“; die Justizwachmeister, die ihn zur Ruhe mahnten, beschimpfte er mit „Lumpenpad“. Als der Vorstehende nun den Justizwachmeistern befohl, ihn erneut zur Anklagebank zurückzubringen, weigerte er sich, zu gehen, leistete Widerstand und wurde schließlich mit Gewalt zur Anklagebank geschleppt. Nach Aufnahme des Protokolls wurde er entlassen. Einer der Justizwachmeister hatte gegen R. wegen öffentlicher Beleidigung Strafverlangen gestellt. Er mußte sich aber nicht allein wegen öffentlicher Beleidigung, sondern auch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Bedrohung des Vorstehenden mit einem Verbrechen verantworten. Amtsgerichtsrat Burthard erklärte, daß er sich nicht bedroht gefühlt habe; auch ein Justizwachmeister erklärte, von einem Strafantrag wegen Beleidigung abgesehen zu haben. R. selbst wollte sich des ganzen Vorganges nicht entsinnen, so augeregt sei er gewesen. In die Anklageung habe ihn aber die Auslage seines Schwagers versetzt, den er nun wegen Meineids belange. Verständlich wird aber der Ergeß des Angeklagten erst, wenn man seine Lebensgeschichte kennt. Sein Vater, Weingroßhändler und Trinker, seine Mutter im Irrenhause gestorben, zwei Großkinder gleichfalls geisteskrank, der Angeklagte selbst ein schwer erziehbarer Junge, der von seinen Arbeitsstellen immer wieder davonsief und abtrünnig von seinem Vater in die Irrenanstalt gebracht war. Bald darauf kam er als Junge auf ein Schiff und wurde Seemann. Im Jahre 1913 fällt seine erste Straftat. Besonders schlecht zu sprechen ist R. auf seinen Schwager R.

Er hat ihn als heimtückischen Burschen während einer seiner Seefahrten kennengelernt, ihn aus Mitleid bei seinen Eltern eingeführt und auch in späteren Jahren unterstützt. Daß nun dieser Schwager ihn derart belästigen konnte, habe ihn in so große Erregung versetzt. Der medizinische Sachverständige war gleichfalls der Ansicht, daß der Angeklagte sich die ihm zur Last gelegten Handlungen im Zustande hochgradiger Erregung habe zuschreiben können lassen, wenn auch die Anwendung des § 51 für ihn nicht in Betracht komme. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht verneinte den Tatbestand der Anklage mit einem Verbrechen und verurteilte R. wegen öffentlicher Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Wochen Gefängnis. Der Angeklagte nahm das Urteil sofort an.

## Nur noch Briketthälften?

Die Berliner Vorräte fast aufgezehrt.

Die Kohlenknappheit wird, wie wir bereits gestern morgen ausführten, noch einige Tage andauern. Alle Bemühungen, die Produktion zu steigern, scheitern daran, daß die Brikettfabriken die Mehrförderung zunächst nicht verarbeiten können. Nach einem Beschluß der Vereinigten Kohlenhändlerverbände sind diese Händler dazu übergegangen, an die gewerkschaftlichen Betriebe, wie Bäderleien, nur noch Halbsteine zu liefern. Die Bearbeitung der Briketts nimmt längere Zeit in Anspruch als die Verarbeitung der Kohlschie zu Halbsteinen. Auch für den Hausbrand sind in den letzten Tagen Mengen Halbsteine geliefert worden. Der Verband der Kleinhändler hat Kontrollen eingerichtet, die verhindern sollen, daß mit Kohlen gehandelt wird. Die Verbände der Kohlenhändler haben vor 14 Tagen eine Bestandshebung vorgenommen und dabei festgestellt, daß fast gar keine Vorräte vorhanden sind. Der Verband hat sich in den letzten Tagen bemüht, eine gleichmäßige Verteilung zu erzielen, so daß alle Stadtbezirke mit Kohlen versorgt werden.

Besonders empfindlich betroffen von der Kohlenknappheit sind natürlich die Arbeitslosen, die vom Wohlfahrtsamt Kohlenkarten haben. Nach einer Vereinbarung des Kohlenhändlerverbandes mit dem Magistrat geben die Berliner Kohlenhändler die Kohlen für diese Erwerbslosen um 10 Proz. billiger ab. Es wird nun behauptet, daß die Kohlenhändler die Kohlenkarten nicht abnehmen und erst ihre Privatfondskasse bedienen. Wie uns dazu mitgeteilt wird, sind diese Beschwerden geprüft worden und es konnte festgestellt werden, daß bisher in keinem Falle Arbeitslose mit ihren Karten zurückgewiesen wurden, wenn der Händler wirklich Kohlen hatte.

In den letzten Tagen macht sich die Kohlenknappheit auch in der Beheizung der Heime, Kfz und Fürsorgestellen bemerkbar. Es ist zu hoffen, daß diese Mängel sehr schnell behoben werden.

## Der Stiefvater.

Als der Gendarmenwachmeister Pfleger aus Solms in Böhmen bei der Rückhändlerin Anna Göß dienstlich zu tun hatte, bemerkte er hinter dem Ofen einen Mann in halbgebogener Stellung. Er sah nach und gewahrte, daß der 73jährige Stiefvater der Rückhändlerin an einem Nagel erhängt war. Er schnitt den Strick durch und rief die Frau zu sich und befragte sie. Ignis gab sie zur Antwort, sie wisse es, der Alte sei aber noch nicht ganz tot. Dann erst wollte sie Leute rufen. Der Wachmeister brachte nach mehr als einstündlichen Bemühungen den Mann zum Bewußtsein und erfuhr, daß er sich selbst erhängt habe, da er von der Stieftochter unerhört schlecht behandelt wurde.

Der erste Galgen in Polen. Nachdem in Polen die Todesstrafe durch Erhängen eingeführt worden ist, wurde nunmehr in Białystok auf dem Gefängnishof der erste Galgen errichtet. Die erste Hinrichtung wird dort am 5. Januar stattfinden, wobei das Todesurteil an einem Räuber vollstreckt werden wird.



Für die Abendveranstaltung „Aus der Geisterwelt“ war ein Programm zusammengestellt, das in Bildern aus Musik und Dichtung die „Vierte Dimension“ illustrierte. Weber Marschner, Wagner, Dickens, Bürger, Goethe und andere waren dazu aufgerufen worden. Es entwickelte sich eine Stimmung des Spukhaften und Unheimlichen: Theodor Scheidel, Reinhardt Maur, Bruno Seidler-Wintler mit Funkchor und Funtorchester waren ihre Mittler. Gustav Wallaschek's einleitende Worte brachten aber nur einen ziemlich nüchternen Bericht über Gespensterglauben, und Suppers' auf ätherischen Effekt gefälltes „Notturmo Phantastico“ traf den Grundton dieses Abends nicht. Ueber „Komik, Satire und Humor“ in der Poesie sprach Dr. Franz Leppmann. Er zeigte die verschiedenen Elemente auf, aus denen sich in der Dichtung die komische Wirkung zusammensetzen kann. Professor Dr. Hans Friedenthal begann einen Aufsatz „Wissenschaft und Menschheitskunde“. Die Behandlung dieses Themas im Rundfunk kann ein wichtiges Kapitel Volksbelehrung bedeuten. Dieser erste Vortrag aber wußte sie nicht zu vermitteln. Die komplizierten schriftdeutschen Sätze des Vortragenden können bei langsamer Sektüre vielleicht auch dem wissenschaftlich mental Gebildeten den Stoff vermitteln. Beim Vortrag aber, wo die Möglichkeit fehlte, auf Vordergründiges zurückzugreifen, gelang es ihnen bestimmt nicht. Es muß immer wieder gefordert werden, daß der Berliner Sender keine Redner veranstaltet, in einfachen, klaren Sätzen ihren Wissensstoff darzubieten.

## Devotionalien.

Novelle von Max Bernardi.

Waljoer war Inhaber der Devotionalienhandlung S. Wendls Witwe. Nach außen hin wenigstens. Innerhalb der mit heiligenbildern geschmückten Ladenwände, der winkligen Stuben, war er freilich nur der angebetete arme Teufel von Holzschmied, der nichts sein eigen nennen konnte als sein bißchen Kunsthandwerk und ein paar gute Geschäftsverbindungen zu seinen Landsleuten, Gröbner Holzschmiedern.

Seit einem halben Jahrhundert bald handelten die Wendlschen mit christlichem Hauschmuck. Das Hauptlager bestand aus Vedrucken von Marienbildnissen, Aposteln, heiligen, dem „heiligen Abendmahl“, der Kreuzigung Christi und dem heiligen mit der Dornenkrone. Fromme Wandsprüche traten noch hinzu, Weihwasserkrüge, Rosenkränze und Kreuzfige.

Als Waljoer mit der verwitweten Wendl in den Ehestand trat, ergänzte er den christlichen Lagerbestand noch mit Schnitzereien seiner Landsleute, die ihn zweimal im Jahre geschmückte Engel, Madonnen und gefreuzigte Christusse ins Haus stellten. Die christliche Konfektion der Ware erhielt ein künstlerisch individuelles Gepräge. Ein Bois aus dem Gröbner Tale stand in dem dämmerigen Laden und besah sich die farbenprächtigen Vedrücke.

„Ah, Dio — a schöne Madonna —“ entzückte er sich in seinem ladinischen Krautwelsch, „aber 's Jesustindl ist ni guet.“

Waljoer ließ ihn reden. Er sprach überhaupt nicht viel. Immer mehr entfernte er sich von seiner Umgebung.

„Was ist eigentlich mit euren Kindern,“ wuschte der Gröbner geschwätzt weiter, „habt viel Unglück immer mit Kindern — verament — wie geht's der Witwe Wendl, der Frau Waljoer? ben — ben? ah, der eiserne Heiland aus St. Christof hängt auch noch immer da.“

Waljoer hörte gar nicht hin. Runterbunt sang der Gröbner in dem seltenen Idiom, ohne auf Antwort zu rechnen. Waljoer war bestrebt, nachdem er ihm allerhand Bestellungen für die Weihnachtszeit aufgegeben hatte, den Lästigen loszumerden.

„Ah — ich mach bald Schluss, es dunkelt. Du wirst wohl drüben beim Wirt Untertommen finden für die Nacht oder willst spper noch weiter? Sonst probier es einmal bei den Kapuzinern.“

Der Bote zögerte. Welleidlich hatte er gehofft, daß ihn sein Landsmann über Nacht behalten würde.

„Ah — ist gleich. Steffa, steffa. Ich werd', ja, ich werd' noch ein Stück laufen.“ Und dann verabschiedete er sich herzlich, nicht ohne einen guten Wunsch fürs Geschäft und für die Wendlsche Witwe.

Das einstöckige Haus, in welchem der Wendlsche Laden lag, war alt, brüchig und muffig wie seine Insassen. Waljoer hatte vor bald einem Jahrzehnt das Haus samt dem frommen Geschäft und der Witwe Wendl geerbt. Er war viel in der Welt herumgestritten worden, nachdem er sich frühzeitig mit seiner Schnitzkunst, dem großen Vermögen seines gröbnerischen Heimattales, auf die Socken gemacht hatte. Aber er hatte nichts erreicht, seine naiven Engel- und Madonnen wollte da draußen niemand haben, noch interessierte man sich sonderlich für seine Handwerkskunst. Jergendwo über dem Wasser drüben merkte er, daß ihn das Alter anpöckte. Eine unbehagbare Sehnsucht müder Amerikawanderer brachte auch ihn wieder zurück. Bald war er in der Heimat, wo man ihn still unter sich ließ. Er schnitzte wieder im Affekt. Spekulierte aber schlaue nach dem Ruheplatz, nach dem sein Alter lechzte. Und es gelang ihm, unweit seiner engeren Heimat in das verlotterte Geschäft der Witwe Wendl einzuheiraten.

Er war ein tüchtiger Krämer geworden. Mit Sorgfalt, Fleiß und angebotener Schaulust verstand er das Geschäft zu heben.

Die Witwe Wendl, seine Frau, wohnte des Tages mit ihrer Körperfülle einigemal durch den Laden, kümmerte sich aber, je niedriger und älter sie wurde, immer weniger um das Geschäft. Nur klanfes Gedächtnis sah sie, erraffen, besigen. Der Beiz mit allen Geschwüren sah ihr im Leibe.

Rinder hatten sie selbst nicht. Aber die Witwe Wendl, wie sie noch immer genannt wurde, nahm Kinder an. Und noch eine neue Passion fuhr in das alternde Weib. Weiß der Teufel — vielleicht hing es mit ihren Pflögen zusammen. Da waren die Fremden, die jährlich ein paar Wochen auf dem schönen Erdenfleck zubrachten. Zu der Zeit stand die Wendlsche im Laden, riefte sie mit den vornehmsten, ausländischen Herrschaften und bemühte sich gar sehr um sie. Manchmal schickte sie sogar ihren Mann aus der Stube.

Und da, eines Tages, sandte man ihr mit einer feinen Jose ein Kind. Ein ganz junges, hilfloses Kind, in Seide und Brüsseler Spitzen gehüllt. Sie war zärtlich, koste und lächelte es und spielte die Mutter. Aber das Kind war kränzlich, selbst die gute Bergluft konnte es nicht gesund machen. Nach ein paar Monaten starb es.

Es war noch kein Jahr vergangen, als die Witwe Wendl wieder die geschmückte Wiege mit den gemalten, flackernden Herzen in die Stube rückte. Doch das Büchlein, das man ihr brachte, holte sich bald eine Lungenerkrankung und ging zu den Engeln ein. Waljoer, der das frische Kindchen lieb gewonnen hatte, stierte damals verzweifelt dem Rechner nach, der den kleinen schwarzen Kinderfarg, gleich einem Violinkasten, unterm Arm aus der Wohnung schleppte.

Als nach längerer Zeit seine Frau ein neues Kind entgegennehmen wollte, kränkte er sich mit den Händen vorn in seine Brust wie der Judas im Bilde des heiligen Abendmahls und rief, Verzweiflung im Anfluge:

„Weib — was lust? Willst noch mehr Engel im Haus!“

„Scher dich zu deinen hölzernen Engeln, misch dich nicht drein in mein Unglück, wenn du dein Essen an meinem Tisch haben willst.“

„Sichte sie ihn aus sprühenden Augen an. „Du weicht, wer du bist — Waljoer!“

Sie drohte. Er hatte sie scharf getroffen, an der mundstetsten Stelle. Aber er war zu schwach und zu feige gewesen. Hatte den Kopf zwischen die Schultern genommen, sich zurückgezogen. Aber seit der Zeit waren keine Kinder mehr ins Haus gekommen. Erst jetzt, in den letzten Wochen, sprach sie wieder von einem kleinen ungarischen Mädchen, das sie in Pflege nehmen wollte.

Waljoer zog sich immer mehr von dem Weib zurück. Dachte sich immer mehr vor seinem Alter und vor den grausamen, drohenden Augen der alten Wendl.

Se mehr er die verstaubte, kirchliche Luft des frommen Ladens atmete, desto mehr gewann in ihm eine abgeklärte Resigniertheit gegenüber allen Geschehens die Oberhand. Jahr und Tag stapelte er heiligenbilder, rollte Rosenkränze durch die Finger, packte Weihwasserbehälter und geschmückte Kreuzfige in Stroh. Willelos unterordnete er sich einer Nacht, die in den dämmerigen Räumen gleich einer ausgebliebenen, giftigen Spinne Fängege webte.

Nachdem Waljoer hinter dem Gröbner Bote die Türe geschlossen hatte, beschäftigte er sich in Ruhe weiter mit der Zusammenstellung einer Musterkollektion für ein kirchliches Institut im Unterland. Ein Jesus, eine Maria, ein paar heilige, ein Abendmahl — das Stück zu einem Taler. Er überlegte, ob er auch noch die neue Kreuzigung Christi beipacken sollte.

Es war schon bald dunkel, als es am hinteren Eingang pochte. Verwundert, wohl auch ärgerlich über die Störung nach Ladenabschluss, öffnete er. Stand das Breitenbuer Mädels, die kleine Tochter des Postamtsgehilfen Breitenbuer, in der Türe.

(Schluß folgt.)

## Raubtier Mensch.

Von Erna Büsing.

Daß die Erde in der Zeit ihres Bestehens verschiedene Gestalten hatte und Menschen, Tiere und Pflanzen infolge ihrer Erdbundenheit von anderer Gestalt waren und andere Verbreitungsbegirte hatten, ist allgemein bekannt. War doch das Reptil, das bekanntlich als Fleisch-, Fell- und Milchlieferant, sowie als Jagd- und Reittier den Polarländern das Leben ermöglicht, einst auch über Mitteleuropa verbreitet, und zwar zur älteren Steinzeit. Diese wird daher auch Reptilzeit genannt.

Die liegt natürlich weit, weit zurück. Doch lassen die Menschen, denen der Natur- und Tiergungedanke fernliegt, bis in die Jetztzeit hinein, Tiere aussterben. So ist der Brillenkäfer, der zur Familie der Röhrenkäfer gehörte, 90 Zentimeter lang wurde und eine gewisse Ähnlichkeit mit den Pinquinen hatte, seit 1844 ausgestorben. Ebenso ist die Dronte, ein flugunfähiger Vogel, größer als der Schwan, von der Erde verschwunden. Ende des 17. Jahrhunderts starb die Dronte auf Mauritius aus und von ihrem nahen Verwandten, dem gansgroßen Einflöber, sind Ende des 18. Jahrhunderts die letzten Exemplare auf der Insel Rodriguez gesehen worden. Auch in unserer Zeit ist ein fast unflugfähiger Vogel, und zwar der Nachtpapagei, der zu den Eulenpapageien gehört, vom Aussterben bedroht. Der Nachtpapagei, ein reines Bodentier, das wie die Eulen lange Gesichtsfedern hat, die einen Schleier bilden, lebt noch in spärlichen Ueberresten auf Neuseeland. Für den Schutz der Reihher treten, wie bekannt, viele Tierfreunde temperamentvoll ein. In Deutschland wurden u. a. die Tiere durch die Reihherbelye (bei der man mit Falken die Reihher jagte) stark vermindert. Dilem! Soandvermögen ist freilich ein halt geboten, weil die Reihherstände, der Vogel lebt regelrecht in Kolonien in Nestern auf Bäumen, geschützt sind. Ferner hat die Sucht, die Reihherfedern als Schmuck zu verwenden, gar manchem Vogel den Baraus gemacht. Besonders schlimm erging es den Paradiesvögeln, die, obwohl sie zur Familie der Sperlingsvögel gehören, weltberühmt sind wegen ihres prächtigen Gefieders. Sie wanderten als Schmuck auf die Damenbüte und waren, sowohl der Göttervögel, die Paradiesesfester und der Fodenhöper, der Ausrottung nahe. Darum erließ England, das, wenn es sich zu Tierdummaßnahmen bequemt, sehr energisch vorgeht, für seinen Teil von Reinginea ein Abbau- und Ausfuhrverbot. Ebenso besteht ein Einfuhrverbot für England und Australien.

Auf dem Aussterbeaal steht ferner eine eidechsenförmige, altertümliche Reptilienart, nämlich die ungefähr zwei Fuß lange merkwürdige Brückenschleie. Sie ist ein jetzt nur noch sehr seltener Bewohner Neuseelands. Doch auch der bis einen Meter lange merkwürdige Riesensalamander ist in seinem Bestande schwer bedroht. Er lebt in den Gebirgsbächen Chinas und Japans, und da sein Fleisch gern gegessen wird, stellt man ihm übermäßig nach. Japan sah sich bereits veranlaßt, diesen durch unter Schutz zu stellen.

Man kann wirklich sagen: „Dreimal Wehe dem Tier, dessen Fell und Fleisch der Mensch schätzt.“ So wurde der Biber, Schimmelfantloper in Inner- und Südafrika derartig nachgestellt, daß sie schon für ausgestorben gilt. Die Elche, die in kumpfigen Gegenden zu Hause sind, werden bei fortschreitender Kultivierung des Bodens naturgemäß verdrängt. Um in Deutschland noch ein Paar dieser Tiere zu erhalten, werden in den ostpreussischen Oberförstereien Idenhorst, Lawellingsen und Remonien 300 Stück abgeht. Fast ungläublich hat der amerikanische Büffel, der Bison, unter menschlicher Wurdluft zu leiden gehabt. So wurden im Mai 1882 bei Fort Pierre (Missouri) nach den Aufzeichnungen von G. Catlin von Indianern 1400 frische Büffelzungen abgeleiert, wofür die Wörder vier Quart Brantwein bekamen, die sie sofort verkoffen. Das Fell dieser aus Lebermut getöteten Büffel war um diese Zeit nicht zu gebrauchen, ebenso waren in den Bogern Fleischquaritäten übergenug. Kein Wunder, daß die enormen Wildtierherden ausgerieben wurden. Heute steht der Buffalo unter dem Schutz der amerikanischen und kanadischen Regierung.

Eins der traurigsten Kapitel ist die Robbenjägererei. Die Robben werden wegen ihres Felles verfolgt. Um sie vor gänzlicher Ausrottung zu schützen, dürfen sie an bestimmten Stellen des Beringmeeres nicht gefangen werden, ebenso ist für gewisse Fangorte die Anwendung von Feuerwaffen, Netzen und Sprengstoffen verboten.

Dem Elefanten ist wegen des Elfenbeins in übertriebenem Maße nachgestellt worden. Die Stoßzähne, die das Elfenbein liefern, können bis 70 Kilogramm schwer werden. Ubrigens ist der Elefant nicht der einzige Elfenbeinlieferant, man gewinnt das Elfenbein auch von Rüssler- und Walroßzähnen. Elefanten stehen jetzt auch verschiedentlich unter Schutz. Zudem ist der Elefant, ein Ueberbleibsel aus vergangenen Zeiten, das Tier, das sich am langsamsten fortpflanzt. Ein Elefantweibchen ist 60 Jahre fortpflanzungsfähig, kann aber während dieser Zeit höchstens 6 Junge zur Welt bringen.

Ebenfalls ist der Wolf ein Tierfoto. Ihm gegenüber hat sich der Mensch als Raubtier ganz großen Formats erwiesen. Seelen doch 1669—1769 allein aus Holland 14 000 Schiffe auf Bahrschiffen nach Spitzbergen. In diesem Zeitraum sind 50 000 große Bälde zur Strafe gebracht worden. B. Kütenhal, der viele Bälde beobachtete und zur Naturgeschichte dieser Tiergruppe ausschließliche Beiträge lieferte, schätzt den Wert eines Grönlandwals auf 50 000 M. Da ist es kein Wunder, wenn die niedrigsten Antizität des Menschen erwachten. Jetzt sind Grönlandwal und Nordföwer um Spitzbergen und Dfgrönland so gut wie verschwunden.

Die Sage von der Sintflut bei den Indianern. Bei vielen nordamerikanischen Indianerstämmen findet sich eine Sage, die der biblischen Geschichte von der Sintflut gleicht. Die alte Legende berichtet, wie Noah sich rettete, als die Erde zerstört wurde. Der Name Noahs vermanbelt sich in ihrer Geschichte in Bilofa. Er war der Sohn der jungfräulichen Tochter der alten Großmutter Erde und selbst ein Gott. Lange Zeit war die Großmutter Erde allein auf der Welt, bis ihr auf irgend eine geheimnisvolle Weise eine Tochter geboren wurde. Als die Zeit erfüllt war, wurde die Tochter Bilofas Mutter. Die bösen Geister aber wurden eifersüchtig auf Bilofas Macht und Weisheit und zerstörten die Erde. Bilofa jedoch machte aus Luft eine große Blase, in die er sich mit allen Arten von lebenden Tieren und Menschen rettete.

Als die neue Erde sich bildete, kamen sie wieder herunter, und Bilofa lehrte die Erdenbewohner alle ihre Sitten und Gebräuche. Obgleich er ein Gott war, besah Bilofa Menschengestalt. Bald darauf zog er sich nach Norden zurück, wo er nun lebt. Eines Tages aber, denken die Indianer, wird er zurückkehren und alle seine Onkels und Tanten (die Indianer) zur dem Tode der Blasegeschichte befreien.

## Vom Fortschritt zum Rückschritt.

Aus der Geschichte der kapitalistischen Presse.

Die erste Nummer der „Times“, noch heute das angesehenste Blatt Englands, erschien am 1. Januar 1788. Sie enthielt zahlreiche Nachrichten aus dem Ausland, zwei aus Paris und Rotterdam vom 25. Dezember, also nach 7 Tagen, eine Nachricht aus Frankfurt vom 15. Dezember, nach 18 Tagen, eine aus Warschau vom 5. Dezember, nach 27 Tagen, und eine aus Konstantinopel vom 10. November, nach 52 Tagen. Die Schnellsteien, mit der diese ausländischen Korrespondenzen in der Zeitung erschienen, ist bei dem damaligen Stand der Verkehrsmittel staunenswert.

Damals war die „Times“ als eine Zeitung der aufsteigenden Klasse des Bürgertums fortschrittlich gesinnt und geriet dadurch mit den Mächten der Vergangenheit, die noch in England starken Einfluß hatten, in Widerstreit. Im zweiten Jahre ihres Erscheinens brachte sie die Nachricht, der Kronprinz und sein Bruder, der Herzog von York, führen einen derartigen Lebenswandel, daß sie vom König auf das Strengste getadelt worden seien. Der Herausgeber des Blattes, John Walker — seine Nachrichten sind heute noch an der Zeitung beteiligt — wurde, weil er es gewagt hatte, diesen Sachverhalt zu lassen, zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Zeitung aber erschien weiter. In späterer Zeit gab sich das Ministerium Pitt Mühe, die „Times“ dazu zu bringen, seine Ansichten zu verbreiten. Als diese Beeinflussung nicht gelang, wurde versucht, das Blatt zu diskreditieren und zugrunde zu richten. Der auswärtige Nachrichtendienst der „Times“ war inzwischen immer mehr ausgebaut worden. Das Ministerium gab Befehle, die Sonderberichte der widerpenstigen Zeitung in den englischen Häfen aufzuhalten, damit die Nachrichten der regierungstreuen Zeitungen einen Vorzug hätten. John Walker, der sich auf diese Weise von den allgemeinen Verkehrsmitteln ausgeschlossen sah, rief einen Sondernachrichtendienst ins Leben, stellte eigene Schiffe, Postwagen und Kurier in seinen Dienst. So gelang es ihm nicht nur, die gegen seine Zeitung gerichteten Maßnahmen der Regierung unwirksam zu machen, es gelang ihm sogar, besser informiert zu sein als die Regierung, indem er als erster einen regelmäßigen monatlichen Nachrichtendienst zwischen Indien und England einrichtete.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus gelangte die Bourgeoisie zur Herrschaft. Heute ist die „Times“ als Organ der herrschenden Klassen Englands vor Ansetzungen der Regierung sicher. Sie ist kein Kampfblatt mehr, sie verleiht das Bestehende, sie nennt sich unpolitisch, aber sie steht in Wirklichkeit stets auf Seite der Konserativen. Auch heute ist noch der größte Stolz der „Times“ der Auslandsdepeschen, der sich auf zahlreiche Korrespondenten in den wichtigsten Orten der Erde stützt. Lord Beaconsfield, der berühmte englische konservative Staatsmann, sagte vor etwa 50 Jahren: „Wir haben zwei Gesandte in jeder Hauptstadt der Welt, den Gesandten des Königs und den Korrespondenten der Times.“

Die „Times“ scheute auch keine Kosten für diesen Auslandsdienst und gab manchmal mehr Geld aus, als die englische Diplomatie. Sie war daher auch oft besser informiert als diese.

Im Jahre 1882 bezahlte ein Korrespondent für eine Kabeldepesche aus Colombo, die eine Beschreibung von Tonking enthielt, 32 000 Mark. Im gleichen Jahre gab ein Spezialkorrespondent aus Mexiko 400 000 Mark für Depeschen über die Ereignisse in Mexiko. Als sich Ende des 19. Jahrhunderts beim plötzlichen Ausbruch einer Revolution in Argentinien ein Korrespondent der „Times“ zufällig dort befand, gab er auf eigene Faust für Depeschen über den Regierungswechsel in drei Tagen 40 000 Mark aus. Die Kosten für Depeschen, die über den Boretaufwand in China während einiger Wochen abgehandelt wurden, betrugen 40 000 Mark. Die Auslandsnachrichten stehen derzeit regelmäßig auf der 9. und 10. Seite der „Times“, die täglich 20seitig erscheint. Auf der ersten Seite findet man in den ersten Spalten (jede Seite hat 7 Spalten) Geburten, Hochzeiten, Todesfälle, der Rest der Seite ist ausschließlich für Annoncen und Reflektandenbindungen aller Art bestimmt, denen insgesamt 8 von den 20 Seiten eingeräumt sind. Anfündigungen unmoralischer oder auch zweifelhaften Inhaltes werden zurückgewiesen. Auf der 11. Seite stehen regelmäßig die Vorträge, die 14. Seite ist, seitdem die meisten Leser die Nachrichten auch durch Photographien ergänzt wissen wollen, den Illustrationen gewidmet. Fast ein Siebentel der Zeitung, meist die 15., 16. und 17. Seite, ist den Anzeigen- und Handelsstellen gewidmet, denn Allah der Kapitalismus, ist groß, und die „Times“ ist sein Prophet. Aber auch das englische Parlament wird nicht vernachlässigt. Die Sitzungsberichte des Uniers- und Oberhauses werden vollständig abgedruckt. Ueberdies erscheinen fast täglich mehrere Briefe, die von Staatsmännern, Wissenschaftlern, Literaten an den Chefredakteur gerichtet werden, die zu den umstrittenen Tagesfragen Stellung nehmen. Diese Briefe, auch heute noch vielfach mit der Ueberlieferung Formel „Ich bin, sehr geehrter Herr, Ihr sehr ergebener Diener“ gefertigt, sind häufig sehr aufschlußreich über einen großen Teil der öffentlichen Meinung Englands.

Einen weiten Weg hat die „Times“ in den 140 Jahren ihres Erscheinens zurückgelegt, aber sie hat ihre kämpferische Vergangenheit vergessen, so wie die Klasse, der sie dient, diese vergessen. Und wenn es in der ersten Nummer der „Times“ programmatisch hieß: „Wir haben wie der römische Gott Janus zwei Gesichter, eines lächelt stets den Freunden des alten Englands zu, das andere wird allezeit allen Feinden Englands die drohenden Brauen zeigen“, so verzichtet das neue, das werdende England auf das Lächeln, das den Freunden des alten England gilt. Das neue England fürchtet auch nicht das andere drohende Gesicht. Vor sich steht dieses neue England das strahlende Anfluge einer neuen Gesellschaftsordnung, strahlend, wenn auch heute noch oft von Nummer unwürdig. Dieses neue, dieses werdende, dieses sozialistische England weiß, daß alles Drängen der kapitalistischen Presse — und ja sie auch so ehrwürdig und allgegenwärtig wie die „Times“ — und alle Bedrückungen ihrer Herrin, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, den Sieg des Sozialismus nicht aufhalten kann.

# Wirtschaftsanalyse.

Ein beachtlicher Halbjahresbericht der Reichskredit A.-G.

Die Reichskredit A.-G. ist eine Bank des Deutschen Reiches. Aber obwohl öffentliche Bank, merkt man in der Bankpolitik der Reichskredit A.-G. im allgemeinen wenig, was diese von der Politik der Privatbanken unterscheiden würde. Gut waren dagegen bisher die Halbjahresberichte, die von der Reichskredit A.-G. herausgegeben werden, und deren Verfasser ist es auch diesmal gelungen, in einer sorgfältigen Aufgliederung der Wirtschaftsdaten Beachtenswertes zur Wirtschaftsfrage und Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahre zu sagen.

Im Gegensatz zu den Gemeinplätzen und Aufgärtheorien, die sonstige Bankberichte auszeichnen, werden hier Grundzüge einer guten und ernst überlegten Theorie vorangestellt, von denen aus die Aufgliederung der Wirtschaftstatistiken ein rundes Bild ergibt, wenn auch offenbar der Verfasser doch nicht an jenen Kompromissen mit der eigenen Erkenntnis vorüberkonnte, die nun einmal in Deutschland auch einer öffentlichen Großbank vorgeschrieben zu sein scheinen. Eine beträchtliche Einfluß von Rohstoffen und trotz der steigenden Leistungen der Landwirtschaft weitere Einfluß von Unterhaltsmitteln für die Reichsbevölkerung sind dem Verfasser für die günstige Ausnutzung der deutschen industriellen Leistungsfähigkeit eine Voraussetzung.

### Nicht-Ausfuhr schlechthin.

Sondern nur der über den eigenen Bedarf hinaus erzeugte Fertigwarenüberschuß habe die Ausfuhrpolitik zu kennzeichnen. Die Verwendung ausländischer Kapitalien wird dahin näher charakterisiert, daß durch sie die Befreiung inländischer Güter erfolge, die aber nur in Uebergangszeiten einen vorläufigen Ausgleich schaffe.

Darauf folgt eine gute und klare Formulierung der sich aus Deutschlands Lage ergebenden Aufgaben: die Abtragung namentlich der politischen Verpflichtungen aus Ausland, eine Vervollständigung der inländischen Ausrüstung, die den Arbeitsertrag erhöht und endlich wieder nicht einfach Wehrausfuhr, sondern Mitarbeit beim Aufbau der Wirtschaft fremder Länder zur Förderung des Austausch der gegenseitigen Erzeugnisse. Für die Erfüllung dieser Aufgaben wird die volle Ausnutzung der Produktionseinrichtungen verlangt. Der Verzicht auf den inländischen Produktionsaufbau wird aber generell auf Anlagen beschränkt, die nicht zu einer schnellen Steigerung der Leistung führen.

Nach dieser sorgfältigen Einleitung, die mit Recht erst um die Klärung der Begriffe bemüht ist, kommt die Gegenüberstellung der Datenreihen für Leistungssteigerung und die Entwicklung des Konsums zu einprägsamer Wirkung. Die

### Datentabelle über die Leistungssteigerung

zeigt, daß in der Tat das Jahr 1927 die Ernte eine weichen erfolgreiche Rationalisierung darstellt. Bei der bekannten Steigerung des Schichtlohnanteils im Kohlenbergbau pro Kopf ist bis 1927 die Belegschaft bedeutend langsamer gestiegen als die Leistungsfähigkeit, und im Jahre 1927 bedeutend schneller gestiegen, als die Ausbeute bei gleicher Leistungsfähigkeit pro Kopf abnahm. Die arbeitstäglige Kohlenproduktion stieg 1927 um rund 23 Proz., die Tagesleistung je Arbeiter noch mehr um 12 Proz., nachdem im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahre die arbeitstäglige Erzeugung um nur 0,6 Proz., die Tagesleistung der Arbeiter aber um 40 Proz. gestiegen war. In der Maschinenindustrie wird jeweils für die dritten Vierteljahre 1925, 1926, 1927 (erstes Vierteljahr 1925 = 100) eine Steigerung des Verbandsmaßstabes pro Kopf der Normalarbeiter von 118 auf 144 bzw. 145 berichtet. 1925 wieder gleich 100 gesetzt, ergibt sich bei der Reichsbahn eine Steigerung der geleisteten Achskilometer pro Kopf auf 109,6 bzw. 118,5.

### Die Datentabelle für die Entwicklung des Verbrauchs

zeigt deutlich, daß trotz der erhöhten Arbeitseinkommen die weichen gelungene Rationalisierung der Industrie keine ausreichende verbrauchsstärkende Rationalisierung des Massenhaushalts gebracht hat. Der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung liegt noch durchweg unter demjenigen der Vorkriegszeit und die erhebliche Steigerung der Konsumvereinsumfänge wird nicht nur auf die verstärkte Werbetätigkeit dieser Vereine zurückzuführen sein, sondern auch auf das neben der Beschaffung des Einrichtungsbedarfs für die täglichen Lebensbedürfnisse noch unzureichende Einkommen. In der Feststellung, daß man berechtigt sei, mit größerer Verbrauchsmöglichkeit und gesteigertem Verbrauch zu rechnen, daß ferner der Massenverbrauch je Kopf der Bevölkerung die Vorkriegshöhe erreicht, aber nicht nennenswert überstiegen habe, — daraus ergibt sich die Befürchtung, daß auch die zu Unrecht verurteilte Auslandsverschuldung einen richtigen und produktiven Weg über die Verbrauchssteigerung und innere Marktstärkung gefunden hat. Leider wird hier die wohl vorbereitete Konsequenz nicht gezogen, daß die Leistungssteigerung der Arbeit je aufgewendete Kapitaleinheit die Einkommensvergrößerung übertrifft hat und daß mit diesem deutlichsten Zeichen erfolgreicher Rationalisierung die von der organisierten

### Arbeiterkraft verfolgte Wirtschaftspolitik gerechtfertigt worden ist.

Unzulänglich sind leider die Schlüsse, die an die verfuhrte Aufstellung einer deutschen Zahlungsbilanz geknüpft werden. Eine auswärtige Zahlungsbilanz ist und wird immer ausgeglichen, und man kann wirklich über die auswärtige Zahlungsbilanz erst dann etwas sagen, wenn man die innere nationale Zahlungsbilanz ebenfalls kennt. Es ist ungenau und falsch, zu sagen, daß der Vortransfer des Reparationsagenten durch ausländische Kredite bezahlt worden sei. Darüber kann die Zahlungsbilanz gar nichts lehren. Es steht nur fest — und das kann wiederum nichts besagen —, daß sie durch ausländische Wertmittel beglichen wird. Immerhin wird der Versuch gemacht, die inländische Kapitalbildung für 1927 zu schätzen. Unter Abzug von 4,4 Milliarden Kapitaleinfuhr (davon 1,34 Milliarden Anleihen und 3,06 Milliarden — auffällig hoch und nicht erklärt — sonstige Kapitalimporte) wird für 1927 eine inländische

### Kapitalbildung von 7,5 Milliarden angenommen

gegenüber 6,2 Milliarden im Jahre 1926, 6,4 Milliarden 1925 und 1,9 Milliarden im Jahre 1923, wenn die seitdem eingetretene Geldentwertung berücksichtigt wird. Dabei kommt der Bericht zu dem wahrscheinlichen wohl begründeten Schluß, daß die inländische Kapitalbildung trotz der gestiegenen Verschuldung gegenüber dem Ausland größer ist als in beiden vorhergehenden Jahren. Ein Ergebnis, das wiederum die von der organisierten Arbeiterkraft bewußt mit eigenen Opfern gegen die Unternehmer geforderte Rationalisierung rechtfertigt.

Wohlstandssteigerung in der ganzen Welt und in diesem Sinne Mitarbeit an der Entwicklung von Rohstoffländern, bei der die Friedenspolitik zwischen den Völkern als Mittel zu wirtschaft-

# Privatkapital gegen Gemeinwohl.

## Darf das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk seine Gasinteressen ausliefern?

Aus eingeweihten Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift, die in hochbedeutlicher Weise zur rheinisch-westfälischen Ferngasfrage und zur Politik des RWE Stellung nimmt.

Zum heutigen Tage soll im erweiterten Präsidium des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks unter Leitung Dr. Böglers die Entscheidung darüber fallen, ob die Ferngasleitung des RWE an die A.-G. für Kohleverwertung übertragen werden soll oder nicht. Die Bedeutung dieser Entscheidung liegt auf der Hand. Die rein private A.-G. für Kohleverwertung hat bis heute noch nicht einen Kilometer eigene Gasnege. Durch die Uebertragung der RWE-Nege auf die A.-G. für Kohleverwertung, erhält diese zu billigen Preisen das erste wichtige Aktium für ihre Pläne. Ihre Lieferungsverträge, die bis heute noch Luftverträge sind, erhalten die erste feste Grundlage, und gegen das Gemeinwohl, sowie das Dauerinteresse der Industrie selbst wird die rein private A.-G. für Kohleverwertung mit Hilfe eines öffentlich kontrollierten Unternehmens in den Sattel gesetzt, um das von ihr nach wie vor verfolgte Ziel eines monopolistischen deutschen Gasyndikats zum privaten Ruhm der Ruhrzechen zu verfolgen.

### Unbegreiflichkeiten beim Aufsichtsrat des RWE.

Durch besondere Umstände, die allen Eingeweihten nur zu geläufig sind, scheinen die Absichten der A.-G. für Kohleverwertung gegenüber dem RWE einen gewissen Erfolg haben zu sollen. Schlechthin eine Unbegreiflichkeit bei einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen wie dem RWE, das nicht nur stimmenmäßig, sondern sogar kapitalmäßig von der öffentlichen Hand kontrolliert wird. Die selbstverständliche, an sich von vornherein auf der Hand liegende Lösung des Ferngasproblems für Rheinland-Westfalen wurde offenbar von den Mitgliedern des Aufsichtsrates des RWE gar nicht diskutiert, geschweige in die Hand genommen. Wir wollen es heute dahingestellt sein lassen, welche Gründe für dieses Verhalten des Aufsichtsrates, bei dem die öffentliche Kontrolle verankert ist, maßgebend waren. Neben der großen Ferngasleitung des RWE spielt nur noch die Thapsener Ferngasorganisation eine größere Rolle. Für jeden Vertreter des öffentlichen Interesses beim RWE wäre es eine selbstverständliche und pflichtgemäße Erwägung gewesen, statt eventuell einer rein privaten Aktiengesellschaft durch Uebertragung des Ferngasnezes des RWE zur Grundlage eines zukünftigen Gasmonopols zu verhelfen, das RWE selbst mit seiner Gasproduktion, mit seinen bestehenden Leitungen, mit seinen fast 30jährigen Erfahrungen im Aufschluß neuer Gebiete für Kraftwerksförderung, zur Basis der Ferngasversorgung in Rheinland-Westfalen zu machen.

### Das RWE müßte die Leitung haben.

Diese Alternative muß heute im Interesse der Öffentlichkeit des Privat- und Industriekonsums und der Zechen selbst zur Förderung erhoben werden. Bevor irgendwelche Entscheidungen zur Ueberlassung der Ferngasinteressen des RWE an der A.-G. für Kohleverwertung getroffen werden, muß auf das Ernsteste geprüft werden, ob die Lösung des Problems der Ferngasversorgung in Rheinland-Westfalen nicht politisch und privatwirtschaftlich am zweckmäßigsten vom RWE, und zwar durch Gründung einer Tochteraktiengesellschaft, in die die Gasinteressen des RWE übergeführt werden, betrieben werden kann. Das Ferngasnege müßte beim RWE verbleiben. Das Recht streift ohnehin bis auf verhältnismäßig geringe Entfernungen Duisburg, Düsseldorf und die Hardwerte Beverlusen, mit denen die ersten Boverträge bzw. Optionen auf Gaslieferung mit der A.-G. für Kohleverwertung abgeschlossen sind. Es ist in jeder Hinsicht unrat-

tionell, zur eventuellen Durchführung dieser Boverträge erst eine neue Gesellschaft zu gründen, obwohl die ganze Neuorganisation vom RWE getragen werden könnte. Das RWE hat eigene und praktische Erfahrungen. Es ist selbst Gaszeuger und Gaslieferant. Es steht gleichermaßen bereits in der Produktion und im Verkauf. Es wäre unbegreiflich, wenn ein überwiegend öffentlich kontrolliertes Werk diese seine günstige Position, die zugleich eine Kontrolle der Beschaffungskosten und der Nebenproduktverwertung sowie der zweckmäßigsten Preisstellung erlaubt, zugunsten eines privaten, gegen die öffentlichen Interessen gerichteten Gasmonopols, preisgibt. Im Gegensatz zur A.-G. für Kohleverwertung, die nach gar nicht im Ferngasgeschäft drin ist, hat in der Tat das RWE jahrzehntelange Erfahrungen.

Ist es schon auffällig, daß bisher der Vorstand des RWE während der ganzen Ferngasdebatte offenbar nicht ein einziges Mal daran gedacht hat, diese Position und diese Erfahrungen im Interesse des eigenen Werkes auszunutzen, so wird das heute zu einer selbstverständlichen Pflicht. Das RWE hat aber auch im Aufschluß neuer Verbrauchsgebiete, und zwar wiederum im Gegensatz zur A.-G. für Kohleverwertung, aus den langjährigen Erfahrungen ihrer Elektrizität die größten und gesicherten Erfolgsmöglichkeiten. Diese Erfahrungen gehen für die praktische Lösung des Ferngasproblems verloren. Finanziell bietet die Lösung der Ferngasfrage durch eine Tochter-A.-G. des RWE, der bei geringem Eigenkapital der unbefristete Kredit der Muttergesellschaft zur Verfügung steht, die größten Vorteile. Soweit die Behauptung stimmt, daß Ferngaslieferungen zur Lösung des Sortenproblems und zur Wüldierung der Kohlenkrise unentbehrlich sind, ist es sicher, daß diese wirtschaftliche Hilfe für den Bergbau, weil mit geringeren Kosten, rationeller vom RWE durchzuführen ist als von der A.-G. für Kohleverwertung.

Die Steinkohlenzechen des Ruhrgebietes müssen diesen Weg sogar begrüßen, weil die Erreichung des Zieles mit zweifelloser sehr geringeren Schwierigkeiten verbunden ist, als wenn sich gegen außerordentlich große Widerstände, die nur noch wachsen können, die A.-G. für Kohleverwertung erst durchsetzen müßte. Und diese Widerstände müßten immer größer werden.

### weil der Staat unmöglich ruhig zusehen kann,

daß in unwirtschaftlicher Weise öffentliche Werte privatisiert und im Enderfolg die erzeugten Produkte teurer bei den Konsumenten abgesetzt werden. Ein Uebernahmeangebot des RWE für die Ferngasanlagen Thapsens müßte von diesem im Interesse des gesamten Bergbaues begrüßt werden. Soweit nur Kommunen oder Kommunalverbände auf der Grundlage leistungs- und konkurrenzfähiger Eigenwerte zur Entwicklung eigener Ferngasversorgungsanlagen Zeit benötigen, vermöchten vorläufige Demarkationsverträge die bestehenden Konflikte zwischen öffentlichen und privaten Interessen zunächst zu schlichten. Was für die Ferngasfrage eine absolute Notwendigkeit ist, die organische Entwicklung nach Maßgabe der Bedürfnisse und der wirtschaftlichen Möglichkeiten könnte in der Tat am besten durch eine Lösung bei dem RWE gewährleistet sein.

Diese Ueberlegungen gründlich zu prüfen und jede Entscheidung bis zur Beendigung dieser Ueberprüfung hinauszuziehen, ist nicht die Pflicht aller Instanzen im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk. Wenn und soweit die Ferngasfrage wirtschaftlich zu lösen ist, wäre es eine Verletzung der nachliegenden Pflichten öffentlicher Beamten und Angestellten, die Gasinteressen des RWE an die A.-G. für Kohleverwertung zu übertragen, bevor nicht die Fähigkeit des RWE, selbst geprüft ist, die rheinisch-westfälische Ferngasfrage aus eigener Kraft und unter Vermeidung unwirtschaftlicher Umwege zu lösen.

sichen Zwecken gekennzeichnet wird, wird als Ziel der deutschen äußeren Wirtschaftspolitik umrissen. Doch hier nicht koloniale Ausbeutung, sondern das Gegenteil die gebotene Methode ist, wird leider auch in diesem Jahresbericht nicht besonders gesagt, obwohl es selbstverständlich wäre.

Auf dieses Ziel ist auch der Ausblick abgestimmt, mit dem die Unternehmung schließt. Der Kompromißcharakter in der Art, wie die Erkenntnisse ausgesprochen werden, wird durch die Häufung von Fehlern neben richtigen Bemerkungen sehr deutlich. Da offenbar Rücksicht auf die Meinungen Schachts genommen wird, wird die Bedeutung der Ausfuhr für Deutschland wieder übertrieben. Daß in der Tat inländische Anlagen unmittelbar zur Bezahlung von ausländischen Verpflichtungen dienen können, beweisen entgegen den aufgestellten Behauptungen die sogenannten Wandelanleihen, bei denen Anteilseignern durch Aktien, d. h. Extragatteln, bezahlt werden. Wenn Maßnahmen im Eingehen von ausländischen Verpflichtungen gefordert wird, so sind hier wieder alle Möglichkeiten vergessen, die ausländische Schuldentilgung durch saldmögliche Bereicherung der Innenbilanz mehr als auszugleichen. Hoffentlich wird in den späteren Halbjahresberichten, was für eine öffentliche Bank wirklich notwendig ist, restlos jedes Zugeständnis an politische Kompromisse verschwinden.

## Die Industrie noch immer stark beschäftigt. So die preussischen Handelskammern.

Der Dezemberbericht der preussischen Handelskammern läßt erkennen, daß die allgemeine Konjunktur, abgesehen von den saisonmäßigen Schwankungen, noch keinen Rückschlag erlitten hat. Insbesondere ist die Lage der Schlüsselindustrien günstig geblieben. Die arbeitstäglige Förderung des Ruhrbergbaues hat sich mit 405 000 Tonnen auf der Höhe des November gehalten. Die Kohlenproduktion ist sogar um rund 1000 Tonnen täglich auf 81 200 Tonnen gestiegen. Im mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlenbergbau herrscht seit dem Eintreten der strengen Kälte Hochbetrieb in den Bräunfabriken, so daß die Belegschaften in Mitteldeutschland bis auf 81 000 Mann vermehrt werden konnten.

Auch die Großindustrie hat im Dezember reichlich zu tun gehabt, was nicht nur auf die Verkäufe des Handels wegen der beabsichtigten Stilllegungsaktion, sondern gleichermaßen auch auf normalen Geschäftsgang zurückzuführen ist. Für bestimmte Gruppen von Wasserwerksprodukten ist sogar ein erhöhter Auftragsbestand festzustellen. In der Maschinenindustrie, die einen Rückgang der Inlandaufträge meldet, hat sich das Auslandsgeschäft wesentlich gehoben. Besonders günstig steht die Elektroindustrie da, weil eine Anzahl Aufträge, die sonst erst im Frühjahr erfolgen, bereits im Dezember vergeben wurden, so daß die Werke für Elektromaschinen, Apparate und Kabel über den Winter hinaus vollbeschäftigt sind. Auch die Werften können nicht klagen, da durch die Auflegung verschiedener Neubauten allein in Kiel etwa 1000 Neueinstellungen erfolgten. In der Textilindustrie ist die Lage ungleich, während von den Baumwollspinnereien über rüd-

gängige Konjunktur geklagt wird, hat die Wolleindustrie noch voll zu tun. Der Baumarkt ruht seit dem Eintritt der strengen Witterung vollständig. In der Bauindustrie machen sich außerdem erhebliche Finanzierungschwierigkeiten bemerkbar, da eine Beschaffung von Hypothekengeldern im Dezember kaum möglich war.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die allgemeine Situation der Industrie zum Jahresende durchaus günstig beurteilt werden kann, und daß die Befürchtungen eines allgemeinen Konjunkturrückschlages, die mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit laut wurden, vertrieben sind.

## Kosten der französischen Wirtschaftskrise.

Paris, 3. Januar. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Populaire“ sucht heute festzustellen, wie groß die Verluste der französischen Volkswirtschaft aus der Krise infolge der Frankenaufwertung sind. Die Wagenstellung der Eisenbahnen sei im Jahre 1927 um 7 Proz. geringer gewesen als im Vorjahre, niedrigerer sogar als vor dem Kriege, als Elsass-Lothringen noch deutsch war. Das bedeute einen Ausfall von 25 Millionen Tonnen Wagenladung, die nicht produziert werden konnten.

Entwicklung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Nach der Statistik des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften waren am 1. Januar 1928 40 095 landwirtschaftliche Genossenschaften vorhanden. Mehr als die Hälfte davon, nämlich 20 670 waren Spar- und Darlehnskassen. Im Vergleich zum Vorjahre ergibt sich, daß der im Jahre 1926 entstandene Verlust von 132 Genossenschaften durch 89 Zugänge im letzten Jahre im wesentlichen wieder aufgeholt wurde. Dennoch kann die Rationalisierungsperiode im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen als abgeschlossen gelten; an ihre Stelle ist eine allgemeine, in ruhigen Bahnen verlaufende stetige Aufwärtsentwicklung festzustellen. Ein besonderes Kennzeichen dieser Entwicklung ist die zunehmende Verbreitung der Kollereigenossenschaften, die allein im letzten Jahre 216 Neugründungen aufwiesen. Diese Aufwärtsbewegung im deutschen Volkereigenenschaftswesen ist im Interesse der einheimischen Milchproduktion und ihrer Qualitätsverbesserung entschieden zu begrüßen. Die seit 1926 durchgeführte Reinigungsaktion innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaften erstreckte sich hauptsächlich auf die Spar- und Darlehnskassen, die einen Rückgang von zirka 95 Genossenschaften aufwiesen.

altbewährt bei



**Stoffwechselkrankheiten**  
(Gicht, Diabetes, Fettsucht, Blutarmerie und Rachitis)

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schlesener Str. 18a, T. Ulzua, 8280/81.



